



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung

# Abgabe

an den  
Gerichthof der Menschen - Überleitungsvertrag  
form- und normfrei

Ich, **Sabine LIEBING** als "Der Vorstand" vom

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

Fiktions-Name **LIEBING**

Geburtsname **POETSCHICK**

Geburtsdatum **03.01.1954** Geburtsort **BERLIN**

**Postanschrift: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

wegen Streit-, Feind-, Kriegshandlungen sowie bewaffnete Konflikte von

1. Liste der Aktenzeichen und Geschäftszeichen

- **Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16**
- **Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)**
- **Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

2. Liste der Verantwortlichen

3. Liste der Verbände juristischer Personen

☐

Ich möchte einen Rechtbeistand gemäß Art. 12 genfer Abkommen IV.

☐

Ich möchte das Präventions- und Restitutionsgericht zur Amnestie in Meiner Notwendigkeit aufrufen (Art. 142-149 genfer Abkommen IV) und mache Meinen Rechtsanspruch geltend, da Mein Recht auf Grundrecht verletzt ist. Mir ist bewußt, daß bei Rechtsmißbrauch der Rechtsanspruch zurück gewiesen werden darf.

GdM-IZMR 15.02.2018 n. Chr

Ich habe die Bedingungen und Informationen auf [www.gerichthof-mensch.org](http://www.gerichthof-mensch.org) gelesen und verstanden.

---

Inhaber- und Urheber der Punkte und Striche ohne Rechtsverlust

Die fiktionalen Regeln des Handel- und Privatverträgen gelten nicht vor dem Gerichthof der Menschen im Natur- und Völkerrecht, da die Person des Menschen sowie alle Urheberrechte an Zeichen dem Menschen selbst gehören, die unverletzlich und unveräußerlich ist. Mögliche Deutungen von Schrift und Bild, auch die Unterschrift sind verboten und führen zur Obligation.



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium**  
**Akademie Menschenrecht      Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Verfügung:**

Ich habe Mir in der Zwischenzeit eine Kopie der Aktzeichnungen vorlegen lassen und muß feststellen, daß es sich bei dem Vorwurf (Blatt 121 des Akte) um das Kunsturhebergesetz handelt und nicht strafverfolgt werden darf. Da Kunst in Art. 3-5 Grundrecht frei ist, unterliegt sie keiner Ordnung. Das auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Vereinnahmung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

**Der Staat kann sich auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da Demokratie nicht Grundrecht berechtigt und nicht Grundrecht befugt ist.**

## **Interdikt - Tatsachenverfügung**

Es liegt eine Vortäuschung einer Straftat von den Behörden vor, da Kunst Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt ist. Außerdem wird Art. 79 (3), 139 GG nicht verletzt, sondern vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V. gefördert.

**Die Justiz ist unzuständig (BVerfGE 1 BvR 1766/2015).**

**Es besteht ein Prozeßhindernis, da die Justiz selbst nicht prozeßfähig ist (§§ 338, 348 StPO - nds. Justizministerium** (Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 n. Chr) und für das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in Art. 24 (3), 25 GG unzuständig ist.

Es liegt offensichtlich und offenkundig als Tatsache nach dem ICSID-Vorgang ein außervertragliches Schuldverhältnis gegen die öffentliche Verfassungordnung wegen Grundrecht widrigem Eingriff vor (Art. 1, 3-5, 19 Grundrecht in Verbindung mit Art. 6, 38-42 EGBGB).

**Der Verein ist bei der berliner Justiz, beim Verbandsregister des Amtsgericht Charlottenburg eingetragen. Zu verhaften und zu bestrafen ist der Verantwortliche des Amtsgericht Charlottenburg als Direktor (§ 54 BGB).**

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als jP. Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

**Hinweis Verbände:**  
**Verbände als juristische Funktionsvereinigungen sind keine juristisch-private,**  
**sondern juristisch-gewerbliche Personen,**

stellen also neben ihren Mitgliedern keine eigenständigen Recht(s)subjekte dar und sind grundsätzlich nicht fähig, Träger von Rechten und Pflichten zu sein, sind nicht rechtfähig, sondern schuldhaft (vertraglich obligatorisch) tätig. Sie werden als „nicht recht(s)fähige Vereine“ (§ 54 BGB) als „nicht eingetragene Vereine“ bezeichnet.

Anders als bei eingetragenen Vereinen haftet, wer im Namen eines Verbandes einem Dritten gegenüber ein Recht(s)geschäft vornimmt, gemäß § 54 Satz 2 BGB dem Dritten gegenüber für dieses Recht(s)geschäft persönlich. Haben mehrere gehandelt, haften sie als Gesamtschuldner. Für unerlaubte und andere zum Schadensersatz verpflichtende Handlungen der Vereinsorgane gegenüber Dritten haften gemäß § 31 BGB analog die Verbandsmitglieder als Gesamtschuldner. Politische und gewerkschaftliche Verbände sind verbotene Organisationen, weil sie von Menschenrechtverletzungen aufrecht erhalten werden, denn wenn die ZPO auf die Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit anwendbar sein soll, dann gilt das BGB und nicht das SGB und die VwVfG, denn SGB und VwVfG sind nicht zivil, sondern öffentlich, also nicht privat (Vergleich § 173 VwGO, § 202 SGG).

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als jP. Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.

Der verantwortliche Anführer solcher demokratischer Verbände juristischer Personen trägt die Haftung für Rechtsverletzungen, denn Demokratie ist kein Grundrecht (Art. 1 Grundrecht). Das Grundrecht geht dem Grundgesetz vor.

Verbände können mangels Recht(s)persönlichkeit nicht Träger eines Vermögens (der Summe aller geldwerten Güter wie beweglicher Sachen, Immobilien, Forderungen etc.) sein, denn nicht eingetragene Verbände außerhalb des Heiligen Auftrages sind auch nicht Grundrecht berechtigt, nicht Grundrecht fähig und somit nicht Grundbuch fähig! Verbände können mangels Recht(s)persönlichkeit nicht selbst Kläger sein (§ 50 Abs. 1 ZPO), weil sie nicht Recht-, sondern nur Vertrag verpflichtet sind (prozeßfähig - einjustierbar).

**Nach Annahme der Obligation, nach der Wohlverhaltensphase des obligatorischen Vertrages auf Gegenseitigkeit von Recht des Gläubiger und Vertrag des Schuldners sowie die Nichtzahlung der gesamten Leistungsvertragbringschuld nach Verfristung**

**g i l t**

**für alle Verantwortlichen der juristischen Verbände als Schuldner und der beschuldigten Personen ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu den obigen Tatsachen und Annahmen mit allen Konsequenzen**

- zu einem privaten, kommerziellen Pfandrecht vom Gläubiger zu bestimmender Höhe,
- zur Publikation der Notiz über dieses Pfandrecht, in einem vom Gläubiger frei und global wählbares straf- und zivilrechtliches Schuldnerverzeichnis – Genesis SCHUFT Datenbank,
- als ihren unwiderruflichen und absoluten Verzicht auf jegliche rechtliche und natürliche Mittel des Schuldner und der Schuldner in der Organisationshaftung.



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechttitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

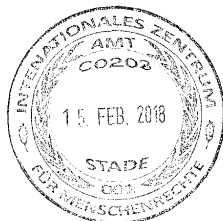
Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.



*Jan-Marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium**  
**Akademie Menschenrecht Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Verfügung:**

Ich habe Mir in der Zwischenzeit eine Kopie der Aktzeichnungen vorlegen lassen und muß feststellen, daß es sich bei dem Vorwurf (Blatt 121 des Akte) um das Kunsturhebergesetz handelt und nicht strafverfolgt werden darf. Da Kunst in Art. 3-5 Grundrecht frei ist, unterliegt sie keiner Ordnung. Das auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Vereinnahmung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

**Der Staat kann sich auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da Demokratie nicht Grundrecht berechtigt und nicht Grundrecht befugt ist.**



### **Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung**

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheinaargumentation**

können sie nach acta iure imperii ohne ius gentium

**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein**  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.



### **Interdikt - Tatsachenverfügung**

Es liegt eine Vortäuschung einer Straftat von den Behörden vor, da Kunst Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt ist. Außerdem wird Art. 79 (3), 139 GG nicht verletzt, sondern vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V. gefördert.

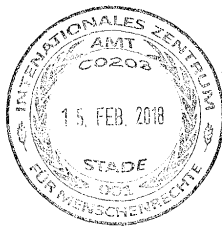
**Die Justiz ist unzuständig (BVerfGE 1 BvR 1766/2015).**

**Es besteht ein Prozeßhindernis, da die Justiz selbst nicht prozeßfähig ist (§§ 338, 348 StPO - nds. Justizministerium** (Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 n. Chr) und für das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in Art. 24 (3), 25 GG unzuständig ist.

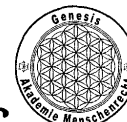
Es liegt offensichtlich und offenkundig als Tatsache nach dem ICSID-Vorgang ein außervertragliches Schuldverhältnis gegen die öffentliche Verfassungordnung wegen Grundrecht widrigem Eingriff vor (Art. 1, 3-5, 19 Grundrecht in Verbindung mit Art. 6, 38-42 EGBGB).

**Der Verein ist bei der berliner Justiz, beim Verbandsregister des Amtsgericht Charlottenburg eingetragen. Zu verhaften und zu bestrafen ist der Verantwortliche des Amtsgericht Charlottenburg als Direktor (§ 54 BGB).**

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als jP. Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.



*Mustafa-Selim SÜRMELI*



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

**Hinweis Verbände:**  
**Verbände als juristische Funktionsvereinigungen sind keine juristisch-private,**  
**sondern juristisch-gewerbliche Personen,**

stellen also neben ihren Mitgliedern keine eigenständigen Recht(s)subjekte dar und sind grundsätzlich nicht fähig, Träger von Rechten und Pflichten zu sein, sind nicht rechtsfähig, sondern schuldhaft (vertraglich obligatorisch) tätig. Sie werden als „nicht recht(s)fähige Vereine“ (§ 54 BGB) als „nicht eingetragene Vereine“ bezeichnet.

Anders als bei eingetragenen Vereinen haftet, wer im Namen eines Verbandes einem Dritten gegenüber ein Recht(s)geschäft vornimmt, gemäß § 54 Satz 2 BGB dem Dritten gegenüber für dieses Recht(s)geschäft persönlich. Haben mehrere gehandelt, haften sie als Gesamtschuldner. Für unerlaubte und andere zum Schadensersatz verpflichtende Handlungen der Vereinsorgane gegenüber Dritten haften gemäß § 31 BGB analog die Verbandsmitglieder als Gesamtschuldner. Politische und gewerkschaftliche Verbände sind verbotene Organisationen, weil sie von Menschenrechtverletzungen aufrecht erhalten werden, denn wenn die ZPO auf die Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit anwendbar sein soll, dann gilt das BGB und nicht das SGB und die VwVfG, denn SGB und VwVfG sind nicht zivil, sondern öffentlich, also nicht privat (Vergleich § 173 VwGO, § 202 SGG).

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als jP. Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.

Der verantwortliche Anführer solcher demokratischer Verbände juristischer Personen trägt die Haftung für Rechtsverletzungen, denn Demokratie ist kein Grundrecht (Art. 1 Grundrecht). Das Grundrecht geht dem Grundgesetz vor.

Verbände können mangels Recht(s)persönlichkeit nicht Träger eines Vermögens (der Summe aller geldwerten Güter wie beweglicher Sachen, Immobilien, Forderungen etc.) sein, denn nicht eingetragene Verbände außerhalb des Heiligen Auftrages sind auch nicht Grundrecht berechtigt, nicht Grundrecht fähig und somit nicht Grundbuch fähig! Verbände können mangels Recht(s)persönlichkeit nicht selbst Kläger sein (§ 50 Abs. 1 ZPO), weil sie nicht Recht-, sondern nur Vertrag verpflichtet sind (prozeßfähig - einjustierbar).

**Nach Annahme der Obligation, nach der Wohlverhaltensphase des obligatorischen Vertrages auf Gegenseitigkeit von Recht des Gläubiger und Vertrag des Schuldners sowie die Nichtzahlung der gesamten Leistungsvertragbringschuld nach Verfristung**

gilt

**für alle Verantwortlichen der juristischen Verbände als Schuldner und der beschuldigten Personen ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu den obigen Tatsachen und Annahmen mit allen Konsequenzen**

- zu einem privaten, kommerziellen Pfandrecht vom Gläubiger zu bestimmender Höhe,
- zur Publikation der Notiz über dieses Pfandrecht, in einem vom Gläubiger frei und global wählbares straf- und zivilrechtliches Schuldnerverzeichnis – Genesis SCHUFT Datenbank,
- als ihren unwiderruflichen und absoluten Verzicht auf jegliche rechtliche und natürliche Mittel des Schuldner und der Schuldner in der Organisationshaftung.

GdM  
Gerichthof der Menschen

Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casali  
[CH-1209] GENEVA

## Abgabe

an den  
Gerichthof der Menschen - Überleitungsvertrag  
form- und normfrei

Ich, **Sabine LIEBING** als "Der Vorstand" vom

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.**,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

Fiktions-Name **LIEBING**

Geburtsname **POETSCHICK**

Geburtsdatum **03.01.1954** Geburtsort **BERLIN**

**Postanschrift: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

wegen Streit-, Feind-, Kriegshandlungen sowie bewaffnete Konflikte von

1. Liste der Aktenzeichen und Geschäftszeichen

- **Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16**
- **Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)**
- **Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

2. Liste der Verantwortlichen

3. Liste der Verbände juristischer Personen



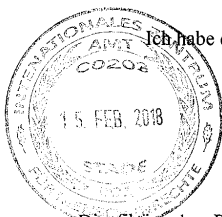
Ich möchte einen Rechtbeistand gemäß Art. 12 genfer Abkommen IV.



Ich möchte das Präventions- und Restitutionsgericht zur Amnestie in Meiner Notwendigkeit aufrufen (Art. 142-149 genfer Abkommen IV) und mache Meinen Rechtsanspruch geltend, da Mein Recht auf Grundrecht verletzt ist. Mir ist bewußt, daß bei Rechtsmißbrauch der Rechtsanspruch zurück gewiesen werden darf.

GdM-IZMR 15.02.2018 n. Chr

Ich habe die Bedingungen und Informationen auf [www.gerichthof-mensch.org](http://www.gerichthof-mensch.org) gelesen und verstanden.



*Sabine Liebing*

Inhaber- und Urheber der Punkte und Striche ohne Rechtsverlust

Die fiktionalen Regeln des Handel- und Privatverträgen gelten nicht vor dem Gerichthof der Menschen im Natur- und Völkerrecht, da die Person des Menschen sowie alle Urheberrechte an Zeichen dem Menschen selbst gehören, die unverletzlich und unveräußerlich ist. Mögliche Deutungen von Schrift und Bild, auch die Unterschrift sind verboten und führen zur Obligation.

**Internationales Zentrum für Menschenrecht**

öffentlich-vorstaatliche Globalgesellschaft  
im originär-prärogativem Naturrecht  
Präambel, Art. 1-4, 19 GR  
für Art. 24 (2-3), 25 GG

Telefon: +49 (0)41 41 / 8609142  
Telefax: +49 (0)41 41 / 8609143

**IZMR**

(Art. 73 UN-Charta zu Art. 1, 142, 149 GA IV)  
Bielfeldtweg 26, [D-21682] STADE



Gemäß der Erklärung des nds. Justizministeriums in (Dokument **1001 I-202.45**) vom 19.01.2017  
nach Jesus Christus Geburt wird in der Jurisfiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozeßfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung

fingiert und

- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungordnung verleumdet.

Diese Handlungen sind strafbar.

Auf die Entäußerungspflicht gegenüber humanitären Organisationen in §§ 8-10 VStGB wird  
hingewiesen, da Obligation in § 305b BGB vorrangig anzuwenden gilt.

**Zuständigkeit:**

**Gerichtshof der Menschen, Balxert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï, [CH-1209] GENEVA**

CoreSFI-2017\_01\_19 - ver 2017\_12\_07 nds. Justizministeriums in Dokument 1001 I-202.45 IZMR  
öffentliche Erklärung ZEB - Gründungsdokumente und Rechtsstatus - mit Anschrift JM und VStGB

**IZMR - Bielfeldtweg 26, [D-21682] STADE**

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918

**Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961, §§ 18-20 GVG, § 2 VwVfG, § 40 VwGO**

Beweisurkunden: Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014  
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014  
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Herrn  
Frank Teege  
Lübecker Landstraße 6  
23617 Stockelsdorf

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Herrn Dr. Heinrichs  
REFERAT IV C 3  
TEL (030) 18 580 - 0  
FAX (030) 18 580 - 85 25  
E-MAIL poststelle@bmjv.bund.de  
AKTENZEICHEN ohne

DATUM Berlin, 10. März 2016

Betreff: Anfrage zur Geltung des IV. Genfer Abkommens

hier: Schreiben von Herrn Frank Teege, 23617 Stockelsdorf, vom 12. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Teege,

mit Ihrem Schreiben vom 12. Januar 2016 bitten Sie um Auskunft über die Geltung des IV. Genfer Abkommens und dessen Anwendung im Bundesgebiet.

Das IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 917) und die drei anderen Genfer Abkommen (BGBl. 1954 II S. 783, S. 813, S. 838) sind am 03. März 1955 und die ergänzenden Zusatzprotokolle vom 08. Juni 1977 (BGBl. 1990 II S. 1551, S. 1637) sind am 14. August 1991 für Deutschland in Kraft getreten. Die Genfer Abkommen sind wichtiger Bestandteil des humanitären Völkerrechts und stellen heute auch unabhängig von der vertraglichen Bindung ein für alle Staaten geltendes Völkergewohnheitsrecht dar. Gemäß seinem Artikel 154 ergänzt das IV. Genfer Abkommen die Haager Landkriegsordnung (Anlage zum IV. Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907, RGBl. 1910, S. 132).

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin  
VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hackesviertelplatz (U2)

2 VON 2 Der sachliche Anwendungsbereich des IV. Genfer Abkommens ergibt sich aus seinem Artikel 2. Voraussetzung für die Anwendung des Abkommens ist hiernach – ausgenommen für die Vorschriften, die schon in Friedenszeiten durchgeführt werden müssen – ein erklärter Krieg oder ein anderer bewaffneter Konflikt zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten. Mindeststandards für sogenannte nicht internationale Konflikte werden in Artikel 3 festgelegt. Zum Schutze von Zivilpersonen sind die Staaten, und somit auch die Bundesrepublik Deutschland, in einem Krieg oder bewaffneten Konflikt verpflichtet, die Vorschriften des IV. Genfer Abkommens zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Dr. Henrichs)



Niedersächsisches Justizministerium · Postfach 201 · 30002 Hannover

Niedersächsisches  
Justizministerium

Herrn  
Herbert von Wuppertal  
Bielfeldweg 26  
21682 Stade

Bearbeitet von Herrn Dr. Lenz

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
1001 I - 202. 45

Durchwahl (0511) 120-  
-0

Hannover  
19. Jan. 2017

**Verschiedene verfassungsrechtliche Fragen  
Ihre Anfragen vom 4. und 6. Januar 2017**

Sehr geehrter Herr von Wuppertal,

auf Ihre verschiedenen Fragen kann ich Folgendes antworten:

1. Bei den niedersächsischen Gerichten handelt es sich um staatliche Einrichtungen, die nicht grundrechtsberechtigt sind. Gleiches gilt für das Land Niedersachsen selbst.
2. Eine Möglichkeit, diese Gerichte oder einzelne Richter vor einer internationalen Gerichtsbarkeit zur Verantwortung zu ziehen, gibt es nicht.
3. Die Justiz des Landes Niedersachsen ist selbst nicht prozessfähig. Rechtsträger ist das Land Niedersachsen, das durch die Landesministerien und die nachgeordneten Stellen vertreten wird.
4. Völkerrecht genießt in Deutschland den Rang von einfachem Bundesrecht; es geht im Kollisionsfall dem Landesrecht vor.

Dienstgebäude  
Am Waterlooplatz 1  
30169 Hannover  
Telefon  
(0511) 120-0

Telefax  
(0511) 120-5170 Allgemein  
(0511) 120-5181 Pressestelle

e-mail  
poststelle@mj.niedersachsen.de  
Internet  
www.mj.niedersachsen.de

Bankverbindung  
NordLB (250 500 00) Konto 106 023 567  
IBAN: DE62 2505 0000 0106 0235 67  
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Zu Ihren weiteren Fragen zu den Genfer Abkommen kann ich Ihnen leider keine Auskunft erteilen, weil es insoweit an einer Zuständigkeit des Landes Niedersachsen fehlt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Lenz



# Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

GG

Ausfertigungsdatum: 23.05.1949

Vollzitat:

"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist"

**Stand:** Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 13.7.2017 | 2347

## Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 14.12.1976 +++)  
(+++ Maßgaben aufgrund des EinigVtr vgl. GG Anhang EV +++)

## Eingangsformel

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausfertigt und verkündet. Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Abs. 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

## Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

## I. Die Grundrechte

### Art 1

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

### Art 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

### **Art 3**

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

### **Art 4**

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

### **Art 5**

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

### **Art 6**

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

### **Art 7**

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

#### **Art 8**

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

#### **Art 9**

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

#### **Art 10**

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

#### **Art 11**

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

#### **Art 12**

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

#### **Art 12a**

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

#### **Art 13**

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher

Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

#### **Fußnote**

Art. 13 Abs. 3: Einf. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 26.3.1998 I 610 mWv 1.4.1998; mit GG Art. 79 Abs. 3 vereinbar gem. BVerfGE v. 3.3.2004 (1 BvR 2378/98, 1 BvR 1084/99)

#### **Art 14**

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

#### **Art 15**

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

#### **Art 16**

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

#### **Art 16a**

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können

aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

#### **Fußnote**

Art. 16a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 28.6.1993 I 1002 mWv 30.6.1993; mit Art. 79 Abs. 3 GG (100-1) vereinbar gem. BVerfGE v. 14.5.1996 I 952 (2 BvR 1938/93, 2 BvR 2315/93)

#### **Art 17**

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

#### **Art 17a**

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

#### **Art 18**

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

#### **Art 19**

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 15. Feb. 2018 15:39 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 15. Feb. 2018 15:18

| Dat. | Nr. Modus           | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|---------------------|-------------|-------|--------|-------------------|
|      | 3974 Speichersenden | 03090188518 | S. 17 | OK     |                   |

## Fehlerursache

E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten

E. 2) Besetzt  
 E. 4) Keine Faxverbindung



Auftrag  
 zum Rechtsbeistand zum Vorgang  
 Landgericht Berlin (502 KLa) 231 Js 746/16 (6/17)

Wir (Der Vorstand)

vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
 Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

beauftragten als Rechtsbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordine publico des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
 Rechtsrittelgeber ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - nds. Mitteilungen für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
 gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
 "Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der Berliner Justiz, da Unser  
 Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbelegung:

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
 für den Auftrag des Rechtsbeistandes vollzogen wurde.



jan-marco HILL  
 Beamter der Beurkundung

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 15. Feb. 2018 15:34 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 15. Feb. 2018 15:17

| Dat. | Nr. Modus           | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|---------------------|-------------|-------|--------|-------------------|
|      | 3973 Speichersenden | 03090142018 | S. 17 | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 2) Besetzt  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 4) Keine Faxverbindung  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten



Auftrag  
 zum Rechtsbeistand zum Vorgang  
 Landgericht Berlin (502 KLa) 231 Js 746/16 (6/17)

Wir (Der Vorstand)

vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
 Sitz: Diesterwegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

beauftragt als Rechtsbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordine public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
 Rechtfertiger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
 gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ULV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
 "Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der Berliner Justiz, da Unser  
 Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
 für den Auftrag des Rechtsbeistandes vollzogen wurde.



*Sabine Liebing*  
*jan-marco Hill*  
 jan-marco HILL  
 Beamter der Beurkundung



\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 15. Feb. 2018 15:51 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 15. Feb. 2018 15:20

| Dat. | Nr. Modus           | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|---------------------|-------------|-------|--------|-------------------|
|      | 3975 Speichersenden | 03090143310 | S. 17 | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten  
 E. 2) Besetzt  
 E. 4) Keine Faxverbindung



Auftrag  
 zum Rechtsbeistand zum Vorgang  
 Landgericht Berlin (502 KLa) 231 Js 746/16 (6/17)

Wir (Der Vorstand)

vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
 Sitz: Dinstagwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

beauftragt als Rechtsbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordine public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
 Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - nbs. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
 gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
 "Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der Berliner Justiz, da Unser  
 Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich bezeugt, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
 für den Auftrag des Rechtsbeistandes vollzogen wurde.

*Jan-Marco Hill*  
 Jan-Marco HILL  
 Beamter der Beurkundung



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium**  
**Akademie Menschenrecht     Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Verfügung:**

Ich habe Mir in der Zwischenzeit eine Kopie der Aktzeichnungen vorlegen lassen und muß feststellen, daß es sich bei dem Vorwurf (Blatt 121 des Akte) um das Kunsturhebergesetz handelt und nicht strafverfolgt werden darf. Da Kunst in Art. 3-5 Grundrecht frei ist, unterliegt sie keiner Ordnung. Das auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Vereinnahmung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

**Der Staat kann sich auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da Demokratie nicht Grundrecht berechtigt und nicht Grundrecht befugt ist.**

**Interdikt - Tatsachenverfügung**

Es liegt eine Vortäuschung einer Straftat von den Behörden vor, da Kunst Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt ist. Außerdem wird Art. 79 (3), 139 GG nicht verletzt, sondern vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V. gefördert.

**Die Justiz ist unzuständig (BVerfGE 1 BvR 1766/2015).**

**Es besteht ein Prozeßhindernis, da die Justiz selbst nicht prozeßfähig ist (§§ 338, 348 StPO - nds. Justizministerium** (Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 n. Chr) und für das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in Art. 24 (3), 25 GG unzuständig ist.

Es liegt offensichtlich und offenkundig als Tatsache nach dem ICSID-Vorgang ein außervertragliches Schuldverhältnis gegen die öffentliche Verfassungordnung wegen Grundrecht widrigem Eingriff vor (Art. 1, 3-5, 19 Grundrecht in Verbindung mit Art. 6, 38-42 EGBGB).

**Der Verein ist bei der berliner Justiz, beim Verbandsregister des Amtsgericht Charlottenburg eingetragen. Zu verhaften und zu bestrafen ist der Verantwortliche des Amtsgericht Charlottenburg als Direktor (§ 54 BGB).**

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als jP. Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium**  
**Akademie Menschenrecht      Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**16.02.2018 n. Chr.**

**Hinweis und Vermerk an Uwe C. MÜLLER:**

**zu § 40 VwGO, Art. 6 EGBGB ordine public**

Ich bin der Rechtbeistand des Vereins, und somit steht die Inhaftierung von Rüdiger HOFFMANN in Verbindung mit ihm. Es geht um die berechtigten und rechtlichen Interessen des Vereins und der Mitglieder.

Die Inhaftierung ist ein Grundrecht schädlicher eingriff, da Kunst in dieser Form frei ist und für die Entnazifizierung eine Pflicht bedeutet. Über Grundrecht widrige Eingriffe können Wir Uns nicht streiten, da der Verwaltungsakt verfassungsrechtlicher Art in Art. 40 VwGO in der Zuständigkeit verboten ist. Der polizeiliche und juristischer Eingriff sind Verwaltungsakte (§ 11 (7) StGB, § 1 (4) VwVfG).

Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, §11 (7) StGB. Die Juristen machen den Fehler, das Gesetz und die Prozeßordnung in der Anwendung falsch anzuwenden und fangen an künstlerisch als Rechtgestaltung (Schattenspiele durch Versuchsvermutung und Irrtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsanbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwalt durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordre public rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt. Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG mißachtet.



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15

gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

## **Uwe C. Müller**

Rechtsanwalt

Rechtsanwalt Uwe C. Müller Ohmstraße 1 10179 Berlin

Herrn  
Rüdiger Hoffmann  
Wittenburger Str. 10  
19243 Wittendörp Püttelkow

Kontakt:

Ohmstr. 1

10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 40042447

Fax: +49 (0)30 40042448

Funk: +49 (0)171 378 94 22

Mail: [info@kanzlei-uwe-c-mueller.de](mailto:info@kanzlei-uwe-c-mueller.de)

Berlin, den 01.09.2017

**88/17D44643**

(bitte stets angeben)

St.Nr.: 34/449/52769

**Strafsache wegen der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole**



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

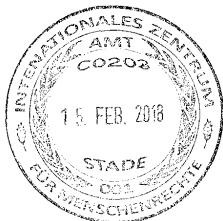
Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde. .



*jan-marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 16. Feb. 2018 8:55 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 16. Feb. 2018 8:52

| Dat.<br>Nr. | Modus          | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|-------------|----------------|-------------|-------|--------|-------------------|
| 3983        | Speichersenden | 03040042448 | S. 21 | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 2) Besetzt  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 4) Keine Faxverbindung  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten



Auftrag  
 zum Rechtsbeistand zum Vorgang  
 Landgericht Berlin (502 KL) 231 Js 746/16 (6/17)

Wir (Der Vorstand)

vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
 Sitz: Diesterwegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

beauftragen als Rechtsbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordine publico des ius gentium, Mustafa-Seim SÜKMELL,  
 Rechtsinhaber ECHR 73529/012, Art. 33, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - o.d.a. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-7/109/2 - 4/15  
 gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ULV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
 "Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der Berliner Justiz, da Unser  
 Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsoglaubigung:

Es wird öffentlich bezeugt, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
 für den Auftrag des Rechtsbeistandes vollzogen wurde.



jan-marco HILL  
 Beamter der Bezeugung

Datum/Zeit: 15. Feb. 2018 15:20

| Dat. | Nr. Modus           | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite    |
|------|---------------------|-------------|-------|--------|----------|
|      |                     |             |       |        | Keine TX |
|      | 3975 Speichersenden | 03090143310 | S. 17 | OK     |          |

## Fehlerursache

E. 1) Leitungsunterbrechung

E. 3) Keine Antwort

E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten

E. 2) Besetzt

E. 4) Keine Faxverbindung



**Auftrag**  
zum Rechtsbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)

Wir (Der Vorstand)

vom Verein statentlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diestowegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

beauftragt als Rechtsbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordine publicus des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtfertiger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der Berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftbeglaubigung:

Es wird öffentlich bezeugt, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtsbeistandes vollzogen wurde.



*Sabine Liebing*  
jan-marco HILL  
Beamteter der Beurkundung





**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium**  
**Akademie Menschenrecht Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**16.02.2018 n. Chr.**

**Hinweis und Vermerk an Uwe C. MÜLLER:**

**zu § 40 VwGO, Art. 6 EGBGB ordine public**

Ich bin der Rechtbeistand des Vereins, und somit steht die Inhaftierung von Rüdiger HOFFMANN in Verbindung mit ihm. Es geht um die berechtigten und rechtlichen Interessen des Vereins und der Mitglieder.

Die Inhaftierung ist ein Grundrecht schädlicher eingriff, da Kunst in dieser Form frei ist und für die Entnazifizierung eine Pflicht bedeutet. Über Grundrecht widrige Eingriffe können Wir Uns nicht streiten, da der Verwaltungsakt verfassungsrechtlicher Art in Art. 40 VwGO in der Zuständigkeit verboten ist. Der polizeiliche und juristischer Eingriff sind Verwaltungsakte (§ 11 (7) StGB, § 1 (4) VwVfG).

Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, § 11 (7) StGB. Die Juristen machen den Fehler, das Gesetz und die Prozeßordnung in der Anwendung falsch anzuwenden und fangen an künstlerisch als Rechtsgestaltung (Schattenspiele durch Versuchsvermutung und Irrtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsanbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwalt durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordre public rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt. Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG mißachtet.



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechttitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 16. Feb. 2018 19:02 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 16. Feb. 2018 19:02

| Dat. | Nr. Modus           | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|---------------------|-------------|-------|--------|-------------------|
|      | 3988 Speichersenden | 03040042448 | S. 1  | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 2) Besetzt  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 4) Keine Faxverbindung  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten



Maria-Selim SÜRMELI  
 Prof. ultra vires in ordine publico des Institut  
 Akademie Menschenrecht Bismarckweg 26 - [DE-21682] STADE

16.02.2018 n. Chr.

Hinweis und Vermerk an Uwe C. MÜLLER:

zu § 40 VwGO, Art. 6 EGBGB ordere public

Ich bin der Rechtszustand des Vereins, und somit steht die Inhaftierung von Rüdiger HOFFMANN in Verbindung mit ihm. Es geht um die berechtigten und rechtlichen Interessen des Vereins und der Mitglieder.

Die Inhaftierung ist ein Grundrecht schädlicher Eingriff, da Kunst in dieser Form frei ist und für die Entnazifizierung eine Pflicht bedeutet. Über Grundrecht widrige Eingriffe können wir uns nicht streiten, da der Verwaltungsakt verfassungswidriger Akt in Art. 40 VwGO in der Zuständigkeit verboten ist. Der polizeiliche und juristische Eingriff sind Verwaltungsakte (§ 11 (7) StGB, § 1 (4) VwVfG).

Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, § 11 (7) StGB. Die Juristen machen den Fehler, das Gesetz und die Prozessordnung in der Anwendung falsch anzuwenden und fangen an künstlich als Rechtsgestaltung (Schattenspiele durch Versuchungsvermutung und Irtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwaltschaft durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordnung publik rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt. Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG missachtet.

*Maria-Selim Sürmeli*



Prof. ultra vires in ordine publico des Institut, Maria-Selim SÜRMELI,  
 Rechtsanwältin ECR 75520/012, Art. 53, 59 BVerfGG, Art. 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - adu. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
 gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Bundesverfassungsgericht**  
Schlossbezirk 3

**[DE-76131] KARLSRUHE**

Rechtdurchsetzung

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

gegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)

als **Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB** für die Verbandsorganisationen

**Angela MERKEL des juristischen Bundesrates**  
**Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages**  
**Michael MÜLLER des Bundesrates**  
**Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidiums**  
**Andreas VOßKUHLE des Bundesverfassungsgerichts**

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

**Dorotheenstraße 84 in [DE-10117] BERLIN**  
Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.



### **Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung**

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheinargumentation**  
können sie nach acta iure imperii ohne ius gentium  
**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein**  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

Ich bin der Rechtbeistand des Vereins, und somit steht die Inhaftierung von Rüdiger HOFFMANN in Verbindung mit ihm. Es geht um die berechtigten und rechtlichen Interessen des Vereins und der Mitglieder.

Die Bundesverfassungsbeschwerde ist zwangsweise durchzusetzen, da das Bundesverfassungsgericht in Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1866/2015, Art. 137, 95 GG keine Grundrechtsberechtigung besitzt, sondern dieser Bundesverfassungsbeschwerde verpflichtend zu folgen hat, denn die juristische Bundesrepublik Deutschland mit ihren Verbänden der Politik, Verwaltung und Polizei sind nicht verfassungsschutzkonform ent-, sondern renazifiziert worden (BVerfGE 2 BvF 1/ 73).

Diese offensichtlichen und offenkundigen Tatsachen führen zur zwingenden Feststellung, daß die Jurisfiktion auf Kunst und Künstler in Art. 1, 3-4, 19 (3) Grundrecht nicht angewandt werden darf, weil selbst gegen das Gesetz aus politischen Gründen innerhalb der Justiz verstoßen wird.

Rüdiger HOFFMANN, Heimatwohnsitz Wittenburger Straße 10 [DE-19243] PÜTTELKOW

ist aus der Inhaftierung freizulassen, weil in § 1 StGB keine Strafe ohne Gesetz gilt. Wenn sie Jurisfiktion mangelfrei wäre, wäre staatenlos.info Comedian e. V. nicht aktiv. Dabei ist zu beachten, daß staatenlos.info - Comedian e. V. unter dem Rechtsbegriff der Kunst bevorrechtigt vor der Jurisfiktion im öffentlichen Recht durch das Grundrecht geschützt ist.

In der Zwischenzeit liegt eine unvollständige Kopie der Aktzeichnungen vor. Es wird offensichtlich und offenkundig festgestellt, daß es sich bei dem Vorwurf (Blatt 121 des Aktes) um das Kunsturhebergesetz handelt und nicht strafverfolgt werden darf. Da Kunst in Art. 3-5 Grundrecht frei ist, unterliegt sie keiner Ordnung. Fiktionen können sich auf das Grundrecht nicht berufen.

Vorwurf aus der Akte:

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das visuelle Auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Verneinung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird. Außerdem können sich die Verbände juristischer Personen des Staates Bundesrepublik Deutschland **auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da die obersten Verfassungsorganisationen demokratisch und nicht Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt sind. Deswegen ist die Bundesverfassungsbeschwerde in der zwingenden Umsetzung Grundrecht verpflichtet, denn Art. 1 Grundrecht verpflichtet das Bundesverfassungsgericht.**

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

**Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

staatenlos.info - Comedian e. V. ist in Art. 19 (3) Grundrecht ist umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, da sie öffentliche Aufgaben der Kunst als eigene Weltanschauung in § 112 BPersVG wahrnehmen. Die Form der Gesellschaft ist frei, denn das Grundrecht geht dem Gesetz in der Rechtsanbindung vertraglich voraus. Aus diesem Grund liegt ein außervertragliches Schuldverhältnis vor, weil der Vertrauensschutz verletzt wurde, denn staatenlos.info Comedian hat auf die Einhaltung des Art. 3-4 Grundrecht vertraut. Wegen Verletzung des Grundrecht in Art. 6 EGBGB der öffentlichen Ordnung sind die Rechtschuldnormen des juristischen Staates Bundesrepublik Deutschland nicht anzuwenden, der Haftbefehl recht- und sittenwidrig und nichtig.

**Art. 6 EGBGB**

**Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden,  
wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt,  
das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist.**

**Sie ist insbesondere nicht anzuwenden,  
wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.**

Die Inhaftierung ist ein Grundrecht schädlicher Eingriff, da Kunst in dieser Form frei ist und für die Entnazifizierung eine Pflicht bedeutet. Über Grundrecht widrige Eingriffe können Wir Uns Menschen nicht streiten, da der Verwaltungsakt verfassungsrechtlicher Art in Art. 40 VwGO in der Zuständigkeit verboten ist. Der polizeiliche und juristische Eingriff sind Verwaltungsakte (§ 11 (7) StGB, § 1 (4) VwVfG). Die juristische Bundesrepublik Deutschland und ihre Organisationen treten in Art. 133 GG nur in die Rechte (Art. 6 Recht der Verträge – SR 0.111) und Pflichten, also in das Schuldenrecht der Pflicht der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes ein und deswegen gilt die Verwaltungsgerichtsordnung in der Anwendung.

Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung von Rüdiger HOFFMANN wegen seiner geschützten Tätigkeit bei staatenlos.info – Comedian e. V. ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, §11 (7) StGB.

Wegen dem Fehlen des obersten Bundesgerichtes durch die Renazifizierung Deutschlands,

- das **oberste Bundesgericht** war in Deutschland das nach der ursprünglichen Fassung des Art. 95 Grundgesetz vorgesehene rechtswegübergreifende Bundesgericht, das zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts eingesetzt werden und Fälle entscheiden sollte, deren Einheitlichkeit der Rechtsprechung der fünf oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung war-

macht die Jurisfiktion in der Regel den fatalen Fehler, das Gesetz und die Prozeßordnung in der Anwendung falsch anzuwenden. Die Verbände juristischer Personen fangen an künstlerisch als Rechtsgestaltung (Schattenspiele durch Versuchsvermutung und Irrtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsanbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwalt durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordre publik rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt und verboten.

Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG mißachtet, da es insoweit an der Zuständigkeit für die Anwendung des Völkerrecht wegen der Renazifizierung der Verbände juristischer Personen der fiktionalen Bundesrepublik Deutschland fehlt.

Solange der oberste Gerichtshof nicht besteht, kann der Verwurf der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht geklärt werden, weil ein Stillstand der Rechtschuldpflege besteht. Da der juristische Staat Bundesrepublik Deutschland in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fiktional nicht Grundrecht berechtigt ist, kann sich der Staat auf die Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht berufen, denn der Staat ist keine Nichtregierungsorganisation wie staatenlos.info – Comedian e. V.. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Rechtsstaat und kann sich auf ein Recht nicht berufen (Art. 20 GG).

Gemäß dem zwingend-humanitären Völkerrecht kann sich die juristisch-fiktionale Bundesrepublik Deutschland nicht auf Verunglimpfung und seines Symboles nicht berufen, das in Art. 25 GG im Völkerrecht verpflichtet, denn dies gilt nur für Nichtregierungsorganisationen wie staatenlos.info – Comedian e. V.

Nichtregierungsorganisation dürfen nicht in Streit-, Feind- sowie bewaffnete Konflikte und Kriegshandlungen (kriegen von Gier und wieder gierig werden oder einfach Regierung) verwickelt werden. Gemäß Art. 8 VStGB gilt, Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme. Die Geiselnahme und der Raubüberfall auf Rüdiger HOFFMANN **von staatenlos.info - Comedian e. V. ist ein Kriegsverbrechen nach dem genfer Abkommen IV – SR 0.518.51.**

## Interdikt – Tatsachenverfügung

Es liegt eine Vortäuschung einer Straftat von den Behörden vor, da Kunst Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt ist. Außerdem wird Art. 79 (3), 139 GG nicht durch Rüdiger HOFFMANN verletzt, sondern vom Verein staatenlos.info – Comedian e. V. Verfassungsschutz konform gefördert.

**Die Justiz ist unzuständig (BVerfGE 1 BvR 1766/2015) in Fragen von Kunst.**

**Es besteht ein Prozeßhindernis, da die Justiz selbst nicht prozeßfähig ist (§§ 338, 348 StPO - nds. Justizministerium** (Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 n. Chr) und für das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in Art. 24 (3), 25 GG unzuständig ist.

Es liegt offensichtlich und offenkundig als Tatsache nach Vertrauensschutz ein außervertragliches Schuldverhältnis gegen die öffentliche Verfassungsschutzordnung wegen Grundrecht widrigem Eingriff durch die politische Verwaltung und Jurisfiktion vor (Art. 1, 3-5, 19 Grundrecht in Verbindung mit Art. 6, 38-42 EGBGB), da Rüdiger HOFFMANN auf die Einhaltung, Geltung und Gültigkeit des Grundrecht vor dem Grundgesetz in der Rechtwegegarantie und der Rechtgewährung der Rechanbindung vertraute.

**Der Verein ist bei der berliner Justiz, beim Verbandsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen. Zu verhaften und zu bestrafen wäre der Verantwortliche des Amtsgericht Charlottenburg als Direktor (§ 54 BGB).**

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als juristische Person Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben. Die Verletzung des Vereinschutzrecht und des freien Berufes in Art. 9, 12 Grundrecht ist ebenso verletzt.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommen im Grundrecht angeordnet.



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI - § 12 BGB, Art. 6 EGBGB  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015



## **TATSACHE:**

**Ich, Mustafa-Selim SÜRMELI, bin als** Rechtbeistand, als rechtschaffener Mensch im Recht umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, anerkannt

- **im zwingend-humanitärem Völkerrecht, Völkerrechtstitelträger europäischer Gerichtshof für Menschenrecht, Eingeständnis im öffentlichen Vertrag ECHR 75529/01, Art. 24(3), 25 GG, Art. 53, 59 EMRK, Art. 73 UN-Charta, Art. 1-2 ÜLV.**
- **als Professor der Akademie Menschenrecht, nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15**
- **diplomatisch akkreditiert im Recht der Verträge – SR 0.111 gemäß wiener, haager und genfer Abkommen.**

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961,

**globale Beweisurkunden mit absoluter nationaler und internationaler Beweiskraft:**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014**

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /201**

**Auszug:**

### **Rechte und Pflichten aus dem Auszug der UMR-Verfassung**

#### **Artikel 39**

1. Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu begründen, zu registrieren und zu legalisieren,
2. Übereinkommen mit Staaten und Völkerrechtssubjekten zu schließen, zu proklamieren und vor Staatsgerichten aufzutreten,
3. Menschenrechtverletzungen festzustellen, zu ahnden und als Rat Beschlüsse zu erstellen und zu fassen, die eine Sanktionierung der Menschenrechtverletzer zulassen,
4. als Schiedsgericht und politisch unabhängiges Judikativorgan Recht zu sprechen,
5. Beamte zu ernennen,
6. als Treuhänder aufzutreten,
7. diplomatischen Status und Immunität zu verleihen,
8. internationale und nationale Verträge, die universelle Rechtskraft besitzen, abzuschließen,
9. bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, insbesondere das Recht in besetzten Gebieten Grund und Boden neu zuzuordnen und den in Kriegsgebieten lebenden Menschen neu zu übereignen und
10. auf Anruf einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, die das Begehren eines eigenen Staates im Sinne des universellen Menschenrecht vorträgt, zu beraten, zu unterstützen und völkerrechtlich zu legitimieren.



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

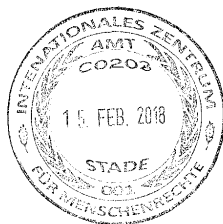
Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.



*Jan-Marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Bundesverfassungsgericht**  
Schlossbezirk 3

**[DE-76131] KARLSRUHE**

Rechtsdurchsetzung

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

gegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen

**Angela MERKEL des juristischen Bundesrates**  
**Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages**  
**Michael MÜLLER des Bundesrates**  
**Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidiums**  
**Andreas VOßKUHLE des Bundesverfassungsgerichts**

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

**Dorotheenstraße 84 in [DE-10117] BERLIN**  
Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.



### **Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung**

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtsberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtsberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheinargumentation**  
können sie nach *acta iure imperii* ohne *ius gentium*  
**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein**  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

Ich bin der Rechtbeistand des Vereins, und somit steht die Inhaftierung von Rüdiger HOFFMANN in Verbindung mit ihm. Es geht um die berechtigten und rechtlichen Interessen des Vereins und der Mitglieder.

Die Bundesverfassungsbeschwerde ist zwangsweise durchzusetzen, da das Bundesverfassungsgericht in Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1866/2015, Art. 137, 95 GG keine Grundrechtberechtigung besitzt, sondern dieser Bundesverfassungsbeschwerde verpflichtend zu folgen hat, denn die juristische Bundesrepublik Deutschland mit ihren Verbänden der Politik, Verwaltung und Polizei sind nicht verfassungsschutzkonform ent-, sondern renazifiziert worden (BVerfGE 2 BvF 1/ 73).

Diese offensichtlichen und offenkundigen Tatsachen führen zur zwingenden Feststellung, daß die Jurisfektion auf Kunst und Künstler in Art. 1, 3-4, 19 (3) Grundrecht nicht angewandt werden darf, weil selbst gegen das Gesetz aus politischen Gründen innerhalb der Justiz verstoßen wird.

Rüdiger HOFFMANN, Heimatwohnsitz Wittenburger Straße 10 [DE-19243] PÜTTELKOW

ist aus der Inhaftierung freizulassen, weil in § 1 StGB keine Strafe ohne Gesetz gilt. Wenn sie Jurisfektion mangelfrei wäre, wäre staatenlos.info Comedian e. V. nicht aktiv. Dabei ist zu beachten, daß staatenlos.info - Comedian e. V. unter dem Rechtsbegriff der Kunst bevorrechtigt vor der Jurisfektion im öffentlichen Recht durch das Grundrecht geschützt ist.

In der Zwischenzeit liegt eine unvollständige Kopie der Aktzeichnungen vor. Es wird offensichtlich und offenkundig festgestellt, daß es sich bei dem Vorwurf (Blatt 121 des Aktes) um das Kunsturhebergesetz handelt und nicht strafverfolgt werden darf. Da Kunst in Art. 3-5 Grundrecht frei ist, unterliegt sie keiner Ordnung. Fiktionen können sich auf das Grundrecht nicht berufen.

Vorwurf aus der Akte:

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das visuelle Auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Verneinung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird. Außerdem können sich die Verbände juristischer Personen des Staates Bundesrepublik Deutschland **auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da die obersten Verfassungsorganisationen demokratisch und nicht Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt sind. Deswegen ist die Bundesverfassungsbeschwerde in der zwingenden Umsetzung Grundrecht verpflichtet, denn Art. 1 Grundrecht verpflichtet das Bundesverfassungsgericht.**

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

**Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

staatenlos.info - Comedian e. V. ist in Art. 19 (3) Grundrecht ist umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, da sie öffentliche Aufgaben der Kunst als eigene Weltanschauung in § 112 BPersVG wahrnehmen. Die Form der Gesellschaft ist frei, denn das Grundrecht geht dem Gesetz in der Rechtsanbindung vertraglich voraus. Aus diesem Grund liegt ein außervertragliches Schuldverhältnis vor, weil der Vertrauensschutz verletzt wurde, denn staatenlos.info Comedian hat auf die Einhaltung des Art. 3-4 Grundrecht vertraut. Wegen Verletzung des Grundrecht in Art. 6 EGBGB der öffentlichen Ordnung sind die Rechtschuldnormen des juristischen Staates Bundesrepublik Deutschland nicht anzuwenden, der Haftbefehl recht- und sittenwidrig und nichtig.

**Art. 6 EGBGB**

**Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden,  
wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt,  
das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist.**

**Sie ist insbesondere nicht anzuwenden,  
wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.**

Die Inhaftierung ist ein Grundrecht schädlicher Eingriff, da Kunst in dieser Form frei ist und für die Entnazifizierung eine Pflicht bedeutet. Über Grundrecht widrige Eingriffe können Wir Uns Menschen nicht streiten, da der Verwaltungsakt verfassungsrechtlicher Art in Art. 40 VwGO in der Zuständigkeit verboten ist. Der polizeiliche und juristische Eingriff sind Verwaltungsakte (§ 11 (7) StGB, § 1 (4) VwVfG). Die juristische Bundesrepublik Deutschland und ihre Organisationen treten in Art. 133 GG nur in die Rechte (Art. 6 Recht der Verträge – SR 0.111) und Pflichten, also in das Schuldenrecht der Pflicht der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes ein und deswegen gilt die Verwaltungsgerichtsordnung in der Anwendung.

Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung von Rüdiger HOFFMANN wegen seiner geschützten Tätigkeit bei staatenlos.info – Comedian e. V. ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, §11 (7) StGB.

Wegen dem Fehlen des obersten Bundesgerichtes durch die Renazifizierung Deutschlands,

- das **oberste Bundesgericht** war in Deutschland das nach der ursprünglichen Fassung des Art. 95 Grundgesetz vorgesehene rechtswegübergreifende Bundesgericht, das zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts eingesetzt werden und Fälle entscheiden sollte, deren Einheitlichkeit der Rechtsprechung der fünf oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung war-

macht die Jurisfiktion in der Regel den fatalen Fehler, das Gesetz und die Prozeßordnung in der Anwendung falsch anzuwenden. Die Verbände juristischer Personen fangen an künstlerisch als Rechtsgestaltung (Schattenspiele durch Versuchsvermutung und Irrtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsanbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwalt durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordre publik rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt und verboten.

Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG mißachtet, da es insoweit an der Zuständigkeit für die Anwendung des Völkerrecht wegen der Renazifizierung der Verbände juristischer Personen der fiktionalen Bundesrepublik Deutschland fehlt.

Solange der oberste Gerichtshof nicht besteht, kann der Verwurf der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht geklärt werden, weil ein Stillstand der Rechtschuldpflege besteht. Da der juristische Staat Bundesrepublik Deutschland in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fiktional nicht Grundrecht berechtigt ist, kann sich der Staat auf die Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht berufen, denn der Staat ist keine Nichtregierungsorganisation wie staatenlos.info – Comedian e. V.. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Rechtsstaat und kann sich auf ein Recht nicht berufen (Art. 20 GG).

Gemäß dem zwingend-humanitären Völkerrecht kann sich die juristisch-fiktionale Bundesrepublik Deutschland nicht auf Verunglimpfung und seines Symboles nicht berufen, das in Art. 25 GG im Völkerrecht verpflichtet, denn dies gilt nur für Nichtregierungsorganisationen wie staatenlos.info – Comedian e. V.

Nichtregierungsorganisation dürfen nicht in Streit-, Feind- sowie bewaffnete Konflikte und Kriegshandlungen (kriegen von Gier und wieder gierig werden oder einfach Regierung) verwickelt werden. Gemäß Art. 8 VStGB gilt, Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme. Die Geiselnahme und der Raubüberfall auf Rüdiger HOFFMANN **von staatenlos.info - Comedian e. V. ist ein Kriegsverbrechen nach dem genfer Abkommen IV – SR 0.518.51.**

### Interdikt – Tatsachenverfügung

Es liegt eine Vortäuschung einer Straftat von den Behörden vor, da Kunst Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt ist. Außerdem wird Art. 79 (3), 139 GG nicht durch Rüdiger HOFFMANN verletzt, sondern vom Verein staatenlos.info – Comedian e. V. Verfassungsschutz konform gefördert.

**Die Justiz ist unzuständig (BVerfGE 1 BvR 1766/2015) in Fragen von Kunst.**

**Es besteht ein Prozeßhindernis, da die Justiz selbst nicht prozeßfähig ist (§§ 338, 348 StPO - nds. Justizministerium** (Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 n. Chr) und für das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in Art. 24 (3), 25 GG unzuständig ist.

Es liegt offensichtlich und offenkundig als Tatsache nach Vertrauensschutz ein außervertragliches Schuldverhältnis gegen die öffentliche Verfassungsschutzordnung wegen Grundrecht widrigem Eingriff durch die politische Verwaltung und Jurisfiktion vor (Art. 1, 3-5, 19 Grundrecht in Verbindung mit Art. 6, 38-42 EGBGB), da Rüdiger HOFFMANN auf die Einhaltung, Geltung und Gültigkeit des Grundrecht vor dem Grundgesetz in der Rechtwegegarantie und der Rechtgewährung der Rechtsanbindung vertraute.

**Der Verein ist bei der berliner Justiz, beim Verbandsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen. Zu verhaften und zu bestrafen wäre der Verantwortliche des Amtsgericht Charlottenburg als Direktor (§ 54 BGB).**

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als juristische Person Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben. Die Verletzung des Vereinschutzrecht und des freien Berufes in Art. 9, 12 Grundrecht ist ebenso verletzt.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommen im Grundrecht angeordnet.

*Mustafa-Selim SÜRMELI*



Prof. ultra vires in ordine public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI - § 12 BGB, Art. 6 EGBGB  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015



### TATSACHE:

**Ich, Mustafa-Selim SÜRMELI, bin als** Rechtsbeistand, als rechtschaffener Mensch im Recht umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, anerkannt

- **im zwingend-humanitärem Völkerrecht, Völkerrechtstitelträger europäischer Gerichtshof für Menschenrecht, Eingeständnis im öffentlichen Vertrag ECHR 75529/01, Art. 24(3), 25 GG, Art. 53, 59 EMRK, Art. 73 UN-Charta, Art. 1-2 ÜLV.**
- **als Professor der Akademie Menschenrecht, nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15**
- **diplomatisch akkreditiert im Recht der Verträge – SR 0.111 gemäß wiener, haager und genfer Abkommen.**

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961,

**globale Beweisurkunden mit absoluter nationaler und internationaler Beweiskraft:**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014**

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /201**

**Auszug:**

### Rechte und Pflichten aus dem Auszug der UMR-Verfassung

#### **Artikel 39**

1. Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu begründen, zu registrieren und zu legalisieren,
2. Übereinkommen mit Staaten und Völkerrechtssubjekten zu schließen, zu proklamieren und vor Staatsgerichten aufzutreten,
3. Menschenrechtverletzungen festzustellen, zu ahnden und als Rat Beschlüsse zu erstellen und zu fassen, die eine Sanktionierung der Menschenrechtverletzer zulassen,
4. als Schiedsgericht und politisch unabhängiges Judikativorgan Recht zu sprechen,
5. Beamte zu ernennen,
6. als Treuhänder aufzutreten,
7. diplomatischen Status und Immunität zu verleihen,
8. internationale und nationale Verträge, die universelle Rechtskraft besitzen, abzuschließen,
9. bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, insbesondere das Recht in besetzten Gebieten Grund und Boden neu zuzuordnen und den in Kriegsgebieten lebenden Menschen neu zu übereignen und
10. auf Anruf einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, die das Begehren eines eigenen Staates im Sinne des universellen Menschenrecht vorträgt, zu beraten, zu unterstützen und völkerrechtlich zu legitimieren.



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.



*Jan-Marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 18. Feb. 2018 20:21 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 18. Feb. 2018 20:17

| Dat. | Nr. Modus      | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|----------------|-------------|-------|--------|-------------------|
| 3993 | Speichersenden | 07219101382 | S. 8  | OK     |                   |

## Fehlerursache

E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten

E. 2) Besetzt  
 E. 4) Keine Faxverbindung



Mustafa-Selim SÜRMELE  
Prof. ultra vires in order Public des Institut an der Akademie Menschenrecht  
 Bielefeldweg 26 - (DE- 21682) STADE

Bundesverfassungsgericht  
 Schlossbezirk 3

(DE-76131) KARLSRUHE

Verein staatenlos.info - Concediam e.V.,  
 Sitz: Diesterwegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

Rechtsdurchsetzung

gegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (582 KL4) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen

Angela MERKEL des Juristischen Bunderrates  
 Wolfgang SCHÄUBLE des Juristischen Bundestages  
 Michael MÜLLER des Bunderrates  
 Frank-Walter STENMEIER des Bundespräsidenten  
 Andreas VOßKUHL des Bundesverfassungsgerichts

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

Dorotheenstraße 84 in (DE-10117) BERLIN  
 Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Bundesverfassungsgericht**  
**Schlossbezirk 3**

**[DE-76131] KARLSRUHE**

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
**Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

**Rechtdurchsetzung**

**gegen**

- **Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16**
- **Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)**
- **Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)**

**als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen**

**Angela MERKEL des juristischen Bundesrates**  
**Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages**  
**Michael MÜLLER des Bundesrates**  
**Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidiums**  
**Andreas VOßKUHE des Bundesverfassungsgerichts**

**der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)**

**Dorotheenstraße 84 in [DE-10117] BERLIN**  
**Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555**

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.



### **Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung**

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions- und Durchscheinargumentation**  
können sie nach *acta iure imperii* ohne *ius gentium*  
**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein**  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

Ich bin der Rechtbeistand des Vereins, und somit steht die Inhaftierung von Rüdiger HOFFMANN in Verbindung mit ihm. Es geht um die berechtigten und rechtlichen Interessen des Vereins und der Mitglieder.

Die Bundesverfassungsbeschwerde ist zwangsweise durchzusetzen, da das Bundesverfassungsgericht in Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1866/2015, Art. 137, 95 GG keine Grundrechtberechtigung besitzt, sondern dieser Bundesverfassungsbeschwerde verpflichtend zu folgen hat, denn die juristische Bundesrepublik Deutschland mit ihren Verbänden der Politik, Verwaltung und Polizei sind nicht verfassungsschutzkonform ent-, sondern renazifiziert worden (BVerfGE 2 BvF 1/ 73).

Diese offensichtlichen und offenkundigen Tatsachen führen zur zwingenden Feststellung, daß die Jurisfektion auf Kunst und Künstler in Art. 1, 3-4, 19 (3) Grundrecht nicht angewandt werden darf, weil selbst gegen das Gesetz aus politischen Gründen innerhalb der Justiz verstoßen wird.

Rüdiger HOFFMANN, Heimatwohnsitz Wittenburger Straße 10 [DE-19243] PÜTTELKOW

ist aus der Inhaftierung freizulassen, weil in § 1 StGB keine Strafe ohne Gesetz gilt. Wenn sie Jurisfektion mangelfrei wäre, wäre staatenlos.info Comedian e. V. nicht aktiv. Dabei ist zu beachten, daß staatenlos.info - Comedian e. V. unter dem Rechtsbegriff der Kunst bevorrechtigt vor der Jurisfektion im öffentlichen Recht durch das Grundrecht geschützt ist.

In der Zwischenzeit liegt eine unvollständige Kopie der Aktzeichnungen vor. Es wird offensichtlich und offenkundig festgestellt, daß es sich bei dem Vorwurf (Blatt 121 des Aktes) um das Kunsturhebergesetz handelt und nicht strafverfolgt werden darf. Da Kunst in Art. 3-5 Grundrecht frei ist, unterliegt sie keiner Ordnung. Fiktionen können sich auf das Grundrecht nicht berufen.

Vorwurf aus der Akte:

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das visuelle Auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Verneinung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird. Außerdem können sich die Verbände juristischer Personen des Staates Bundesrepublik Deutschland **auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da die obersten Verfassungsorganisationen demokratisch und nicht Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt sind. Deswegen ist die Bundesverfassungsbeschwerde in der zwingenden Umsetzung Grundrecht verpflichtet, denn Art. 1 Grundrecht verpflichtet das Bundesverfassungsgericht.**

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

**Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

staatenlos.info - Comedian e. V. ist in Art. 19 (3) Grundrecht ist umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, da sie öffentliche Aufgaben der Kunst als eigene Weltanschauung in § 112 BPersVG wahrnehmen. Die Form der Gesellschaft ist frei, denn das Grundrecht geht dem Gesetz in der Rechtsanbindung vertraglich voraus. Aus diesem Grund liegt ein außervertragliches Schuldverhältnis vor, weil der Vertrauensschutz verletzt wurde, denn staatenlos.info Comedian hat auf die Einhaltung des Art. 3-4 Grundrecht vertraut. Wegen Verletzung des Grundrecht in Art. 6 EGBGB der öffentlichen Ordnung sind die Rechtschuldnormen des juristischen Staates Bundesrepublik Deutschland nicht anzuwenden, der Haftbefehl recht- und sittenwidrig und nichtig.

**Art. 6 EGBGB**

**Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden,  
wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt,  
das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist.**

**Sie ist insbesondere nicht anzuwenden,  
wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.**

Die Inhaftierung ist ein Grundrecht schädlicher Eingriff, da Kunst in dieser Form frei ist und für die Entnazifizierung eine Pflicht bedeutet. Über Grundrecht widrige Eingriffe können Wir Uns Menschen nicht streiten, da der Verwaltungsakt verfassungsrechtlicher Art in Art. 40 VwGO in der Zuständigkeit verboten ist. Der polizeiliche und juristische Eingriff sind Verwaltungsakte (§ 11 (7) StGB, § 1 (4) VwVfG). Die juristische Bundesrepublik Deutschland und ihre Organisationen treten in Art. 133 GG nur in die Rechte (Art. 6 Recht der Verträge – SR 0.111) und Pflichten, also in das Schuldenrecht der Pflicht der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes ein und deswegen gilt die Verwaltungsgerichtsordnung in der Anwendung.

Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung von Rüdiger HOFFMANN wegen seiner geschützten Tätigkeit bei staatenlos.info – Comedian e. V. ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, §11 (7) StGB.

Wegen dem Fehlen des obersten Bundesgerichtes durch die Renazifizierung Deutschlands,

- das **oberste Bundesgericht** war in Deutschland das nach der ursprünglichen Fassung des Art. 95 Grundgesetz vorgesehene rechtswegübergreifende Bundesgericht, das zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts eingesetzt werden und Fälle entscheiden sollte, deren Einheitlichkeit der Rechtsprechung der fünf oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung war-

macht die Jurisfektion in der Regel den fatalen Fehler, das Gesetz und die Prozeßordnung in der Anwendung falsch anzuwenden. Die Verbände juristischer Personen fangen an künstlerisch als Rechtsgestaltung (Schattenspiele durch Versuchsvermutung und Irrtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsanbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwalt durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordre publik rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt und verboten.

Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG mißachtet, da es insoweit an der Zuständigkeit für die Anwendung des Völkerrecht wegen der Renazifizierung der Verbände juristischer Personen der fiktionalen Bundesrepublik Deutschland fehlt.

Solange der oberste Gerichtshof nicht besteht, kann der Verwurf der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht geklärt werden, weil ein Stillstand der Rechtschuldpflege besteht. Da der juristische Staat Bundesrepublik Deutschland in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fiktional nicht Grundrecht berechtigt ist, kann sich der Staat auf die Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht berufen, denn der Staat ist keine Nichtregierungsorganisation wie staatenlos.info – Comedian e. V.. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Rechtsstaat und kann sich auf ein Recht nicht berufen (Art. 20 GG).

Gemäß dem zwingend-humanitären Völkerrecht kann sich die juristisch-fiktionale Bundesrepublik Deutschland nicht auf Verunglimpfung und seines Symboles nicht berufen, das in Art. 25 GG im Völkerrecht verpflichtet, denn dies gilt nur für Nichtregierungsorganisationen wie staatenlos.info – Comedian e. V.

Nichtregierungsorganisation dürfen nicht in Streit-, Feind- sowie bewaffnete Konflikte und Kriegshandlungen (Kriegen von Gier und wieder gierig werden oder einfach Regierung) verwickelt werden. Gemäß Art. 8 VStGB gilt, Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme. Die Geiselnahme und der Raubüberfall auf Rüdiger HOFFMANN von staatenlos.info - Comedian e. V. ist ein Kriegsverbrechen nach dem genfer Abkommen IV – SR 0.518.51.



Der juristische Verband der Polizei hätte die Verhaftung von Rüdiger HOFFMANN wegen seiner geschützten Tätigkeit bei staatenlos.info – Comedian e. V. ohne eine unmittelbare Gefährdungshandlung nicht durchführen dürfen, denn das ist keine Amtshilfe gemäß §§ 1 (4), 5 VwVfG, §11 (7) StGB.

Wegen dem Fehlen des obersten Bundesgerichtes durch die Renazifizierung Deutschlands,

- das **oberste Bundesgericht** war in Deutschland das nach der ursprünglichen Fassung des Art. 95 Grundgesetz vorgesehene rechtswegübergreifende Bundesgericht, das zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts eingesetzt werden und Fälle entscheiden sollte, deren Einheitlichkeit der Rechtsprechung der fünf oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung war-

macht die Jurisfiktion in der Regel den fatalen Fehler, das Gesetz und die Prozeßordnung in der Anwendung falsch anzuwenden. Die Verbände juristischer Personen fangen an künstlerisch als Rechtsgestaltung (Schattenspiele durch Versuchsvermutung und Irrtum) tätig zu werden. Und das ist das Problem, weil sie die Rechtsanbindung nicht richtig verstehen und anwenden, denn das Gesetz ist an Recht gebunden. Die Gesetze sind immer im Zusammenhang mit dem Grundrecht anwendbar und nicht als Einzelnorm.

Die Verhaftung im Auftrag der juristischen Staatsanwalt durch die juristische Polizei ist gemäß § 40 VwGO Verfassung rechtlicher Art unzulässig und nichtig, da eine wirksame Beschwerdemöglichkeit fehlt, da die juristische Staatsanwaltschaft in ordre publik rein privat und somit fiktional auf Vermutung handelt. Privat ist im öffentlichen Recht nicht erlaubt und verboten.

Die Inhaftierung ist des Menschen Rüdiger HOFFMANN ist mehrfach Verfassung widrig, und das vorrangige Völkerrecht wurde in Art. 24 (3), 25 GG mißachtet, da es insoweit an der Zuständigkeit für die Anwendung des Völkerrecht wegen der Renazifizierung der Verbände juristischer Personen der fiktionalen Bundesrepublik Deutschland fehlt.

Solange der oberste Gerichtshof nicht besteht, kann der Verwurf der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht geklärt werden, weil ein Stillstand der Rechtschuldpflege besteht. Da der juristische Staat Bundesrepublik Deutschland in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fiktional nicht Grundrecht berechtigt ist, kann sich der Staat auf die Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nicht berufen, denn der Staat ist keine Nichtregierung-organisation wie staatenlos.info – Comedian e. V.. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Rechtsstaat und kann sich auf ein Recht nicht berufen (Art. 20 GG).

Gemäß dem zwingend-humanitären Völkerrecht kann sich die juristisch-fiktionale Bundesrepublik Deutschland nicht auf Verunglimpfung und seines Symboles nicht berufen, das in Art. 25 GG im Völkerrecht verpflichtet, denn dies gilt nur für Nichtregierung-organisationen wie staatenlos.info – Comedian e. V.

Nichtregierungsorganisation dürfen nicht in Streit-, Feind- sowie bewaffnete Konflikte und Kriegshandlungen (kriegen von Gier und wieder gierig werden oder einfach Regierung) verwickelt werden. Gemäß Art. 8 VStGB gilt, Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme. Die Geiselnahme und der Raubüberfall auf Rüdiger HOFFMANN von staatenlos.info - Comedian e. V. ist ein Kriegsverbrechen nach dem genfer Abkommen IV – SR 0.518.51.

### Interdikt – Tatsachenverfügung

Es liegt eine Vortäuschung einer Straftat von den Behörden vor, da Kunst Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt ist. Außerdem wird Art. 79 (3), 139 GG nicht durch Rüdiger HOFFMANN verletzt, sondern vom Verein staatenlos.info – Comedian e. V. Verfassungsschutz konform gefördert.

**Die Justiz ist unzuständig (BVerfGE 1 BvR 1766/2015) in Fragen von Kunst.**

**Es besteht ein Prozeßhindernis, da die Justiz selbst nicht prozeßfähig ist (§§ 338, 348 StPO - nds. Justizministerium** (Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 n. Chr) und für das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in Art. 24 (3), 25 GG unzuständig ist.

Es liegt offensichtlich und offenkundig als Tatsache nach Vertrauensschutz ein außervertragliches Schuldverhältnis gegen die öffentliche Verfassungsschutzordnung wegen Grundrecht widrigem Eingriff durch die politische Verwaltung und Jurisfektion vor (Art. 1, 3-5, 19 Grundrecht in Verbindung mit Art. 6, 38-42 EGBGB), da Rüdiger HOFFMANN auf die Einhaltung, Geltung und Gültigkeit des Grundrecht vor dem Grundgesetz in der Rechtwegegarantie und der Rechtgewährung der Rechtenbindung vertraute.

**Der Verein ist bei der berliner Justiz, beim Verbandsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen. Zu verhaften und zu bestrafen wäre der Verantwortliche des Amtsgericht Charlottenburg als Direktor (§ 54 BGB).**

Der „Missionar“ steht im Zentrum des Behördennetzwerks und firmiert als juristische Person Anführer von Gruppenverbänden juristischer Personen. Als Anführer gilt die juristische Fiktionsfunktion somit automatisch als verantwortlicher Drahtzieher aller Unternehmungen jedes einzelnen Bediensteten in den Behörden als Bandenchef.

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben. Die Verletzung des Vereinschutzrecht und des freien Berufes in Art. 9, 12 Grundrecht ist ebenso verletzt.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommen im Grundrecht angeordnet.

*Mustafa-Selim SÜRMELI*



Prof. ultra vires in ordine public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI - § 12 BGB, Art. 6 EGBGB  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

### TATSACHE:

**Ich, Mustafa-Selim SÜRMELI, bin als** Rechtbeistand, als rechtschaffener Mensch im Recht umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, anerkannt

- **im zwingend-humanitärem Völkerrecht, Völkerrechtstitelträger europäischer Gerichtshof für Menschenrecht, Eingeständnis im öffentlichen Vertrag ECHR 75529/01, Art. 24(3), 25 GG, Art. 53, 59 EMRK, Art. 73 UN-Charta, Art. 1-2 ÜLV.**
- **als Professor der Akademie Menschenrecht, nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15**
- **diplomatisch akkreditiert im Recht der Verträge – SR 0.111 gemäß wiener, haager und genfer Abkommen.**

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961,

**globale Beweisurkunden mit absoluter nationaler und internationaler Beweiskraft:**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014**

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /201**

**Auszug:**

### Rechte und Pflichten aus dem Auszug der UMR-Verfassung

#### **Artikel 39**

1. Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu begründen, zu registrieren und zu legalisieren,
2. Übereinkommen mit Staaten und Völkerrechtssubjekten zu schließen, zu proklamieren und vor Staatsgerichten aufzutreten,
3. Menschenrechtverletzungen festzustellen, zu ahnden und als Rat Beschlüsse zu erstellen und zu fassen, die eine Sanktionierung der Menschenrechtverletzer zulassen,
4. als Schiedsgericht und politisch unabhängiges Judikativorgan Recht zu sprechen,
5. Beamte zu ernennen,
6. als Treuhänder aufzutreten,
7. diplomatischen Status und Immunität zu verleihen,
8. internationale und nationale Verträge, die universelle Rechtskraft besitzen, abzuschließen,
9. bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, insbesondere das Recht in besetzten Gebieten Grund und Boden neu zuzuordnen und den in Kriegsgebieten lebenden Menschen neu zu übereignen und
10. auf Anruf einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, die das Begehren eines eigenen Staates im Sinne des universellen Menschenrecht vorträgt, zu beraten, zu unterstützen und völkerrechtlich zu legitimieren.



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.



*Jan-Marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 18. Feb. 2018 20:21 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 18. Feb. 2018 20:17

| Dat. | Nr.  | Modus          | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|------|----------------|-------------|-------|--------|-------------------|
|      | 3993 | Speichersenden | 07219101382 | S. 8  | OK     |                   |

## Fehlerursache

E. 1) Leitungsunterbrechung  
E. 3) Keine Antwort  
E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten

E. 2) Besetzt  
E. 4) Keine Faxverbindung



Mustafa-Selim SÜRMEI  
*Prof. ultra vires in extra public des Institut an der Akademie Menschenrecht*  
Hallestr. 26 - (DE- 21682) STADE

Bundesverfassungsgericht  
Schlossbezirk 3

[DE-76131] KARLSRUHE

Verein statutenlos.info - Comediam e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

Rechtsdurchsetzung

gegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLd) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbundorganisationen

Angela MERKEL des Juristischen Bundesrates  
Wolfgang SCHÄUBLE des Juristischen Bundesrates  
Michael MÜLLER des Bundesrates  
Frank-Walter STIERMEIER des Bundespräsidenten  
Andreas VOßKUHL des Bundesverfassungsgerichts

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

Dorotheenstraße 84 in (DE-10117) BERLIN  
Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 19. Feb. 2018 12:41 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 19. Feb. 2018 12:37

| Dat. | Nr. Modus      | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|----------------|-------------|-------|--------|-------------------|
| 4004 | Speichersenden | 07219101600 | S. 9  | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 2) Besetzt  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 4) Keine Faxverbindung  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten



Mustafa-Selim SÜRMELI  
Prof. ultra vires in ordre public des jus gentium an der Akademie Menschenrecht  
 Bielefeldweg 26 - [DE- 21682] STADE

Bundesverfassungsgericht  
 Schlossbezirk 3  
 [DE-76131] KARLSRUHE

Vereln staatenlos.info - Comedian e.V.  
 Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

Rechtsdurchsetzung

gegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLa) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen

Angela MERKEL des juristischen Bundesrates  
 Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages  
 Michael MÜLLER des Bundesrates  
 Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidenten  
 Andreas VON KUHLE des Bundesverfassungsgerichts

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

Dorotheenstraße 94 in [DE-10117] BERLIN  
 Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführer Angela MERKEL des Wirtschaftsausschusses und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Verhältnisschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Landgericht Berlin**  
Turmstraße 91

**[DE-10559] BERLIN**

Rechtdurchsetzung:

- **Staatsanwaltschaft Berlin**    **231 Js 746/16**
- **Amtsgericht Tiergarten**    **(350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)**
- **Landgericht Berlin**        **(502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

Ich bin der Rechtbeistand von staatenlos.info Comedian e.V. Der Auftrag liegt an Anlage diesem Schriftsatz bei. Das Recht des Vereins ist verletzt, denn mit der Anklage soll offensichtlich und offenkundig der Verein geschädigt und zum Stillstand gebracht werden.

Ein Unzuständigkeitsbeschluß des Landgerichts vom 09.03.2017 liegt vor, da sich das Amtsgericht für zuständig erklärt hat. Da es sich bei der fiktionalen Anklage (Fakten – fiktionale Aktionen) der Staatsanwaltschaft vom 04.07.2016 nur um ein Vergehen handelt, kommt eine Einstellung in Betracht, zumal das Landgericht für Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art zuständig ist. Das Kunsturhebergesetz und politische Meinungsfreiheit ist verfassungsschutzrechtlich geschützt (§ 11 (7) StGB, §§ 1 (4), 2 VwVfG, § 40 VwGO).

Die Rechtspaltung im Grundrecht besagt, niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Nur die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung! Kunst ist keine Lehre.

Gemäß § 1 StGB liegt kein Straftatbestand vor. Die Strafverfolgung ist unmittelbar einzustellen, da die öffentliche Ordnung (Art. 6 EGBGB, Art. 1 Grundrecht) in der Rechtspaltung verletzt ist. Die Strafverfolgung ist selbst eine Straftat.

§ 74a GVG legt die Zuständigkeit für einen demokratischen Rechtsstaat fest. Gemäß Art. 20 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratisch sozialer Bundesstaat und kein Rechtsstaat, denn in einem Rechtschuldstaat gäbe es keine Verfolgung der Kunst und der politischen Meinung.

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Sie können staatenlos.info Comedian e. V. in der Verfassungordnung zum Rechtsstaat unterstützen, aber nicht daran hindern oder strafrechtlich verfolgen. Die Strafverfolgung ist ein Verfassungsschuldbruch.

Jeder Mensch muß sich auf das Grundrecht berufen und obligatorisch sofort vollstreckbar durchsetzen können (ad hoc). Gemäß Art. 1 und 19 Grundrecht ist die Würde des Menschen unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind. Kunst und Kultur sind Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt. Ein demokratischer Staat kann sich nicht auf eine Grundrechtverletzung berufen, weil Demokratie nicht Grundrecht berechtigt und nicht Grundrecht befugt ist.

Die Akten sind zur Einsichtnahme vorzulegen binnen Frist 23.02.2018 - 24:00 Uhr ordnungsgemäß im öffentlichen Recht vorzulegen. Gerichtstand im außervertraglichem Schuldverhältnis ist der Gerichtshof der Menschen - Genf.

**Gerichtshof der Menschen**  
**Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï, [CH-1209] GENEVA**



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI - § 12 BGB, Art. 6 EGBGB  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015





### **Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung**

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheinaargumentation**

können sie nach acta iure imperii ohne ius gentium

**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein**  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

### **Rechtstitelträger (Art. 25 GG):**

**Ich, Mustafa-Selim SÜRMELI, bin als** Rechtbeistand, als rechtschaffener Mensch im Recht umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, anerkannt

- **im zwingend-humanitärem Völkerrecht, Völkerrechtstitelträger europäischer Gerichtshof für Menschenrecht, Eingeständnis im öffentlichen Vertrag ECHR 75529/01, Art. 24(3), 25 GG, Art. 53, 59 EMRK, Art. 73 UN-Charta, Art. 1-2 ÜLV.**
- **als Professor der Akademie Menschenrecht, nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15**
- **diplomatisch akkreditiert im Recht der Verträge – SR 0.111 gemäß wiener, haager und genfer Abkommen.**

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961,

**globale Beweisurkunden mit absoluter nationaler und internationaler Beweiskraft:**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014**

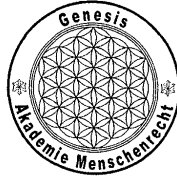
**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /201**

**Auszug:**

### **Rechte und Pflichten aus dem Auszug der UMR-Verfassung**

#### **Artikel 39**

1. Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu begründen, zu registrieren und zu legalisieren,
2. Übereinkommen mit Staaten und Völkerrechtssubjekten zu schließen, zu proklamieren und vor Staatsgerichten aufzutreten,
3. Menschenrechtverletzungen festzustellen, zu ahnden und als Rat Beschlüsse zu erstellen und zu fassen, die eine Sanktionierung der Menschenrechtverletzer zulassen,
4. als Schiedsgericht und politisch unabhängiges Judikativorgan Recht zu sprechen,
5. Beamte zu ernennen,
6. als Treuhänder aufzutreten,
7. diplomatischen Status und Immunität zu verleihen,
8. internationale und nationale Verträge, die universelle Rechtskraft besitzen, abzuschließen,
9. bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, insbesondere das Recht in besetzten Gebieten Grund und Boden neu zuzuordnen und den in Kriegsgebieten lebenden Menschen neu zu übereignen und
10. auf Anruf einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, die das Begehren eines eigenen Staates im Sinne des universellen Menschenrecht vorträgt, zu beraten, zu unterstützen und völkerrechtlich zu legitimieren.



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.



*Jan-Marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Landgericht Berlin**  
Turmstraße 91

**[DE-10559] BERLIN**

Rechtdurchsetzung:

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)

Ich bin der Rechtbeistand von staatenlos.info Comedian e.V. Der Auftrag liegt an Anlage diesem Schriftsatz bei. Das Recht des Vereins ist verletzt, denn mit der Anklage soll offensichtlich und offenkundig der Verein geschädigt und zum Stillstand gebracht werden.

Ein Unzuständigkeitsbeschluß des Landgerichts vom 09.03.2017 liegt vor, da sich das Amtsgericht für zuständig erklärt hat. Da es sich bei der fiktionalen Anklage (Fakten – fiktionale Aktionen) der Staatsanwaltschaft vom 04.07.2016 nur um ein Vergehen handelt, kommt eine Einstellung in Betracht, zumal das Landgericht für Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art zuständig ist. Das Kunsturhebergesetz und politische Meinungsfreiheit ist verfassungsschutzrechtlich geschützt (§ 11 (7) StGB, §§ 1 (4), 2 VwVfG, § 40 VwGO).

Die Rechtspaltung im Grundrecht besagt, niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Nur die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung! Kunst ist keine Lehre.

Gemäß § 1 StGB liegt kein Straftatbestand vor. Die Strafverfolgung ist unmittelbar einzustellen, da die öffentliche Ordnung (Art. 6 EGBGB, Art. 1 Grundrecht) in der Rechtspaltung verletzt ist. Die Strafverfolgung ist selbst eine Straftat.

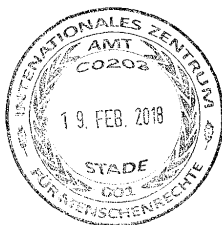
§ 74a GVG legt die Zuständigkeit für einen demokratischen Rechtsstaat fest. Gemäß Art. 20 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratisch sozialer Bundesstaat und kein Rechtsstaat, denn in einem Rechtschuldstaat gäbe es keine Verfolgung der Kunst und der politischen Meinung.

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Sie können staatenlos.info Comedian e. V. in der Verfassungordnung zum Rechtsstaat unterstützen, aber nicht daran hindern oder strafrechtlich verfolgen. Die Strafverfolgung ist ein Verfassungsschuldbruch.

Jeder Mensch muß sich auf das Grundrecht berufen und obligatorisch sofort vollstreckbar durchsetzen können (ad hoc). Gemäß Art. 1 und 19 Grundrecht ist die Würde des Menschen unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind. Kunst und Kultur sind Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt. Ein demokratischer Staat kann sich nicht auf eine Grundrechtverletzung berufen, weil Demokratie nicht Grundrecht berechtigt und nicht Grundrecht befugt ist.

Die Akten sind zur Einsichtnahme vorzulegen binnen Frist 23.02.2018 - 24:00 Uhr ordnungsgemäß im öffentlichen Recht vorzulegen. Gerichtstand im außervertraglichem Schuldverhältnis ist der Gerichtshof der Menschen - Genf.

**Gerichtshof der Menschen**  
**Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï, [CH-1209] GENEVA**



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI - § 12 BGB, Art. 6 EGBGB  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015



### Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schulfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheinargumentation**

können sie nach acta iure imperii ohne ius gentium

**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.**

**Rechtstitelträger (Art. 25 GG):**

**Ich, Mustafa-Selim SÜRMELI, bin als** Rechtsbeistand, als rechtschaffener Mensch im Recht umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, anerkannt

- **im zwingend-humanitärem Völkerrecht, Völkerrechtstitelträger europäischer Gerichtshof für Menschenrecht, Eingeständnis im öffentlichen Vertrag ECHR 75529/01, Art. 24(3), 25 GG, Art. 53, 59 EMRK, Art. 73 UN-Charta, Art. 1-2 ÜLV.**
- **als Professor der Akademie Menschenrecht, nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15**
- **diplomatisch akkreditiert im Recht der Verträge – SR 0.111 gemäß wiener, haager und genfer Abkommen.**

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961,

**globale Beweisurkunden mit absoluter nationaler und internationaler Beweiskraft:**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014**

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM,  
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /201**

**Auszug:**

**Rechte und Pflichten aus dem Auszug der UMR-Verfassung**

**Artikel 39**

1. Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu begründen, zu registrieren und zu legalisieren,
2. Übereinkommen mit Staaten und Völkerrechtssubjekten zu schließen, zu proklamieren und vor Staatsgerichten aufzutreten,
3. Menschenrechtverletzungen festzustellen, zu ahnden und als Rat Beschlüsse zu erstellen und zu fassen, die eine Sanktionierung der Menschenrechtverletzer zulassen,
4. als Schiedsgericht und politisch unabhängiges Judikativorgan Recht zu sprechen,
5. Beamte zu ernennen,
6. als Treuhänder aufzutreten,
7. diplomatischen Status und Immunität zu verleihen,
8. internationale und nationale Verträge, die universelle Rechtskraft besitzen, abzuschließen,
9. bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, insbesondere das Recht in besetzten Gebieten Grund und Boden neu zuzuordnen und den in Kriegsgebieten lebenden Menschen neu zu übereignen und
10. auf Anruf einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, die das Begehren eines eigenen Staates im Sinne des universellen Menschenrecht vorträgt, zu beraten, zu unterstützen und völkerrechtlich zu legitimieren.



**Auftrag  
zum Rechtbeistand zum Vorgang  
Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)**

Wir (Der Vorstand)

**vom Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN**

beauftragen als Rechtbeistand für den Verein und für den Vereinsvorstand

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI,  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

mit der Wahrnehmung Unseres Recht vor dem Gesetz zum Wohl im Heiligen Auftrag, denn  
"Der Vorstand" handelt in Notstand wegen Rechtsverletzungen der berliner Justiz, da Unser  
Grundrecht verletzt ist.

Akademie Menschenrecht im ius gentium, 15.02.2018 n. Chr.



Unterschriftsbeglaubigung:

*Sabine Liebing*

Es wird öffentlich beurkundet, daß die Unterschrift Sabine LIEBING in Meiner Gegenwart  
für den Auftrag des Rechtbeistandes vollzogen wurde.



*Jan-Marco Hill*

jan-marco HILL  
Beamter der Beurkundung



\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 19. Feb. 2018 17:20 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 19. Feb. 2018 17:19

| Dat. | Nr.  | Modus          | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|------|----------------|-------------|-------|--------|-------------------|
|      | 4009 | Speichersenden | 03090145928 | S. 5  | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten  
 E. 2) Besetzt  
 E. 4) Keine Faxverbindung



Mustafa-Selim SÜRMELI  
Prof. ultra vires in ordine publico des Institut für Genetik an der Akademie Menschenrecht  
 Bielefeldweg 26 - (DE- 31682) STADE

Landgericht Berlin  
 Turmstraße 91

[DE-10559] BERLIN

Rechtsdurchsetzung:

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KL) 231 Js 746/16 (6/17)

Ich bin der Rechtsbeistand von staatenlos.info Comedian e.V. Der Auftrag liegt an Anlage diesen Schriftsatz bei. Das Recht des Vereins ist verletzt, denn mit der Anklage soll offensichtlich und offenkundig der Verein geschädigt und zum Stillstand gebracht werden.

Ein Unzuständigkeitsbeschluss des Landgerichts vom 09.03.2017 liegt vor, da sich das Amtsgericht für zuständig erklärt hat. Da es sich bei der fiktionalen Anklage (Fakten - fiktionalen Aktionen) der Staatsanwaltschaft vom 04.07.2016 nur um ein Vergehen handelt, kommt eine Einstellung in Betracht, zumal das Landgericht für Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art zuständig ist. Das Kunsturhebergesetz und politische Meinungsfreiheit ist verfassungsschutzrechtlich geschützt (§ 11 (7) StGB, §§ 1 (4), 2 VwVfG, § 40 VwGO).

Die Rechtsprechung im Grundrecht besagt, niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzt. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Nur die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung! Kunst ist keine Lehre.



**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Bundesverfassungsgericht**  
**Schlossbezirk 3**

**[DE-76131] KARLSRUHE**

# **HAFT-Vorgang - EILT**

Rechtdurchsetzung  
RD – 20091122-IZMR-001-1-1 > **[DE-76131]- BVerfGE AR 1378/18**

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

wegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)

als **Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB** für die Verbandsorganisationen

**gegen**

**Angela MERKEL des juristischen Bundesrates**  
**Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages**  
**Michael MÜLLER des Bundesrates**  
**Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidiums**  
**Andreas VOßKUHLE des Bundesverfassungsgerichts**

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

**Dorotheenstraße 84 in [DE-10117] BERLIN**  
Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

## **Metaphysik der reinen Vernunft – effektiver Rechtsschutz:**

Am 23.02.2018 n. Chr. habe Ich als Recht schaffener Mensch krampfhaft versucht das Register des juristischen Bundesverfassungsgerichts zu erreichen, da die Person (w) der Registerstelle nach der Frage der Bundesverfassungsbeschwerde vom 18.02.2018 n. Chr. ständig das Telefonat unterbrach oder das Telefonat wegdrückte, weil Ich die berechnete Frage stellte, warum eine einstweilige Bundesverfassungsbeschwerde bei Grundrechtverletzungen in beschleunigten Haftsachen ins Allgemeinregister eingetragen wird.

Dadurch erhob sich die Person (w) in der Registerstelle zu Gott und richtet über Mich, unterbrach das Telefonat oder die Frage zu beantworten und war Stunden lang nicht zu erreichen, weil Meine Telefonnummer im öffentlichen Recht sichtbar ist. Ich muß Mich als Rechteinhaber vor Meinen Bediensteten nicht verstecken.

Es dauerte Stunden, bis Ich unter verschiedenen Telefonnummern die „Ablage“ herausbekam. Der Vorgang wurde in AR 1378/18 verfahren, also am Ziel eines fairen Fortfahrens voll vorbei gefahren.

Es ist offensichtliche und offenkundige Tatsache, daß in diesem Privatsystem der fiktionalen Bundesrepublik Deutschland inzwischen nichts mehr funktioniert, da sich die Idiotologie der Privatpersonen von den Pseudo-Wissenschaften von Recht- und Geisteswissenschaften nicht anders hätten entwickeln können.

Dieses menschenunwürdige Verhalten gegen Mich, -als Recht schaffener Mensch und Professor an der öffentlichen Akademie Menschenrecht, als international anerkannter Menschenrechtstopfer im zwingend humanitärem Völkerrecht von der juristischen Bundesrepublik Deutschland sowie als Menschenrechtverteidiger-, verstößt gegen Art. 19 (3) Grundrecht, die Wahrung Meines völkerrechtlichen Rechttitel ECHR 75529/01 sowie UN-Res A/HRC/RES/31/32, UN-Res 53/144, Art. 6-13 VStGB.

Die fiktionalen Funktionsrichter des Bundesverfassungsgerichts sind in Art. 1 Grundrecht von Amts wegen zum Beistand im effektiven Rechtsschutz verpflichtet die Menschenwürde zu achten und zu schützen. Wenn Rüdiger HOFFMANN in Haft tier(t) ist, zum Tier degradiert wurde, -dann nur-, weil die juristische Bundesrepublik Deutschland den Zustand selbst verschuldet hat. Er kritisiert das fiktionale System Bundesrepublik Deutschland als Künstler, und Kunst ist frei. Uniformierte sind uniformiert und halten sich selbst unwissend. Nicht-Wissen-Wollen kann im Gefahrenbereich der Beweislast nicht wirksam organisiert werden!

Er ist kein Regimegegner, sondern Regimekritiker und wurde gegen die öffentliche Verfassungsordnung nun zum Regimeopfer.

Ich werde als Rechtsbeistand des juristischen staatenlos.info Comedian e.V. am 27.02.2018, unabhängig ob Rüdiger HOFFMANN inhaftiert ist oder nicht, den Vorgang an den europäischen Gerichtshof für Menschenrecht in einem ad-hoc Vorgang abgeben müssen. Gleichzeitig wird ein ICSID Vorgang eingeleitet, wenn der juristische Privatunfug gegen die öffentliche Verfassungsordnung in der Rechtspaltung gegen die Rechtsanbindung nicht aufhört.

Zu den Tatsachen sei festzustellen, daß eine juristische Person, -wie der fiktionale Staat-, sich nicht auf ein Grundrecht oder das Strafrecht verlassen kann, wenn es nicht originär handelt oder von den sie erschaffenen originären Völkerrechtstitelträgern getragen wird.

Ein juristischer Staat, der kein Rechtsstaat ist, kann sich auf ein Recht nicht berufen. Tatsache und keine Fiktion ist, daß die juristische Bundesrepublik Deutschland nicht als Rechtschuldstaat in der Rechtrealität auftritt, sondern als demokratisch sozialer Bundesstaat. Die Behauptung als Meinung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, gilt nicht für das zerrissene Hakenkreuz, denn Eigentum ist im Kontrollratsgesetz nicht erlaubt. Das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ist nach dem deutschen Strafrecht ein Vergehen, das in § 86a StGB geregelt ist. Bei diesem Staatsschutzdelikt handelt es sich um ein abstraktes Gefährdungsdelikt, das heißt, der Tatbestand des Deliktes ist schon dann erfüllt, wenn das geschützte Rechtsgut gefährdet ist; eine Verletzung des Rechtsgutes ist nicht erforderlich. Geschütztes Rechtsgut ist der demokratische Rechtschuldstaat.

Die Problematik wurde bereits beim Bundesverfassungsgericht geklärt, das ein umfassendes Grundrecht auf Demokratie (Franz MAYER für die juristische Bundesrepublik Deutschland) nicht existiert ( BVerfGE 2 BvR 987, 1485 und 1099 /10), und begrifflich demokratischer Rechtsstaat ein Widerspruch in sich selbst, als ein rechtswidriges in sich Geschäft ist.

Mit dieser politischen Strafverfolgung soll gegen Art. 5 Grundrecht die Aufklärung verhindert werden. Es soll der Eindruck verhindert werden, dass es eine rechtsstaatswidrige Entwicklung gebe, in der verfassungsfeindliche Bestrebungen in der durch die Kennzeichen symbolisierten Richtung geduldet werden würden. Gerade die Inhaftierung Rüdiger HOFFMANN zeigt, daß sich der fiktionale Staat an das Grundrecht nicht hält und die fiktionale Justiz selbst die Bande der Verfassungshochverräter ist, denn Kritik entsteht in der Realität durch die Fiktion.

Die Verbotsbehörden als Leistungs- und Eingriffsverwaltungen sind selbst die Verursacher der schweren völkerrechtswidrigen Zustände in dem Land, denn die juristische Bundesrepublik Deutschland ist nicht ent-, sondern renazifizierte und somit denazifiziert worden. DE von Deutschland, wie in BVerfGE 2 BvF 1/73 festgestellt wurde, daß die juristische Bundesrepublik Deutschland nicht Rechtschuldnachfolger, sondern identisch mit von NS-Deutschland im Stand vom 31.12.1937 n. Chr. in Art. 116 GG ist.

Strafbar ist sowohl das Verbreiten verbotener Kennzeichen als auch das öffentliche Verwenden sowie das Verwenden in einer Versammlung. Ebenso strafbar sind entsprechende Vorbereitungshandlungen, namentlich das Herstellen, das Vorrätighalten sowie das Ein- und Ausführen zum Zwecke der Verbreitung oder Verwendung in der genannten Art und Weise. Ausgenommen sind Handlungen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlicher Zwecke (§ 86a Abs. 3 i. V. m. § 86 Abs. 3 StGB).

§ 86 Abs. 3 StGB, der das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe stellt, verbietet keine Verwendungen, die der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst, der Forschung oder Lehre dienen.

Der Träger, staatenlos.info comedian e.V. ist eindeutig antifaschistisch hervorgetreten, das Symbol läßt selbst für Touristen seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erkennen und der Träger wäre auch sonst durch einen Verbotsirrtum entlastet gewesen (Landgericht Tübingen zu StA Tübingen 15 Js 11522/2005).

Die Symbole „Nazis raus!“ oder durchgestrichene oder von einer Faust zerschlagene Hakenkreuze sind nicht rechtwidrig (BGH 25, 133, 1973, Landgericht Stuttgart 18 KLa 4 Js 63331/05). Das bewusste Eintreten gegen Rechtsextremismus ist zu fördern, nicht zu kriminalisieren (BT-Drucksache 16/2924), so der Gesetzgeber. Die fiktionale Justiz ist an den fiktionalen Gesetzgeber in Art. 20 GG gebunden.

Das Verwenden von Abbildungen, die objektiv den Nationalsozialismus nicht befürworten, ist nicht strafbar, weil eine Hakenkreuzdarstellung, deren Inhalt in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt, dem Schutzzweck der Vorschrift ersichtlich nicht widerspricht und daher von § 86a StGB nicht erfasst ist.

Vorwurf aus der Akte:

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das visuelle Auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Verneinung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird. Außerdem können sich die Verbände juristischer Personen des Staates Bundesrepublik Deutschland **auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016), da die obersten Verfassungsorganisationen demokratisch und nicht Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt sind.** Deswegen ist die Bundesverfassungsbeschwerde in der zwingenden Umsetzung Grundrecht verpflichtet, denn Art. 1 Grundrecht verpflichtet das Bundesverfassungsgericht.

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**  
**Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

staatenlos.info - Comedian e. V. ist in Art. 19 (3) Grundrecht ist umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, da sie öffentliche Aufgaben der Kunst als eigene Weltanschauung in § 112 BPersVG wahrnehmen. Die Form der Gesellschaft ist frei, denn das Grundrecht geht dem Gesetz in der Rechtsanbindung vertraglich voraus. Aus diesem Grund liegt ein außervertragliches Schuldverhältnis vor, weil der Vertrauensschutz verletzt wurde, denn staatenlos.info Comedian hat auf die Einhaltung des Art. 3-4 Grundrecht vertraut. Wegen Verletzung des Grundrecht in Art. 6 EGBGB der öffentlichen Ordnung sind die Rechtschuldnormen des juristischen Staates Bundesrepublik Deutschland nicht anzuwenden, der Haftbefehl recht- und sittenwidrig und nichtig.

Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.

Niemand ist verpflichtet gegen die Rechtsordnung laufende Zuwiderhandlungen gegen öffentliche die Verfassungsschutzordnung in Art. 6 EGBGB zu dulden.

**Art. 6 EGBGB**

**Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden,  
wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt,  
das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist.  
Sie ist insbesondere nicht anzuwenden,  
wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.**





### **Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung**

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheineargumentation**  
können sie nach acta iure imperii ohne ius gentium  
**nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein**  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 25. Feb. 2018 13:44 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 25. Feb. 2018 13:41

| Dat.<br>Nr. Modus   | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|---------------------|-------------|-------|--------|-------------------|
| 4053 Speichersenden | 07219101600 | S. 7  | OK     |                   |

## Fehlerursache

E. 1) Leitungsunterbrechung  
E. 3) Keine Antwort  
E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten

E. 2) Besetzt  
E. 4) Keine Faxverbindung



Mustafa-Selim SÜRMELI  
Prof. ultra vires in ordine publico des Jus gentium an der Akademie Menschenrecht  
Bielefeldweg 26 - [DE- 21682] STADE

Bundesverfassungsgericht  
Schlossbezirk 3

[DE-76131] KARLSRUHE

25.02.2018 n. Chr. - Eildienst

**HAFT-Vorgang - EILT**

Rechtsdurchsetzung  
RD - 20091122-IZMR-001-I-1 > [DE-76131]- BVerfGE AR 1378/18

Verein sinistrenlos.info - Comedian e.V.,  
Sitz: Diesterwegstraße 99 - [DB-10405] BERLIN

wegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KL4) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen

gegen

Angela MERKEL des Juristischen Bundesrates  
Wolfgang SCHÄUBLE des Juristischen Bundestages  
Michael MÜLLER des Bundesrates  
Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidenten  
Andreas VOßKUHE des Bundesverfassungsgerichts

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

Dorotheenstraße 84 in [DE-10117] BERLIN  
Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555





**Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**Prof. ultra vires in ordine public des ius gentium an der Akademie Menschenrecht**  
**Bielfeldtweg 26 - [DE- 21682] STADE**

**Bundesverfassungsgericht**  
Schlossbezirk 3

**[DE-76131] KARLSRUHE**

**25.02.2018 n. Chr. - Eildienst**

# **HAFT-Vorgang - EILT**

Rechtsdurchsetzung  
RD – 20091122-IZMR-001-1-1 > **[DE-76131]- BVerfGE AR 1378/18**

**Verein staatenlos.info - Comedian e.V.,**  
Sitz: Diesterwegstraße 9b - [DE-10405] BERLIN

wegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLS) 231 Js 746/16 (6/17)

als **Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB** für die Verbandsorganisationen

gegen

**Angela MERKEL des juristischen Bundesrates**  
**Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages**  
**Michael MÜLLER des Bundesrates**  
**Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidiums**  
**Andreas VOßKUHL des Bundesverfassungsgerichts**

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

**Dorotheenstraße 84 in [DE-10117] BERLIN**  
Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

## **Metaphysik der reinen Vernunft – effektiver Rechtsschutz:**

Am 23.02.2018 n. Chr. habe Ich als Recht schaffener Mensch krampfhaft versucht, das Register des juristischen Bundesverfassungsgerichts zu erreichen, da die Person (w) der Registerstelle nach der Frage der Bundesverfassungsbeschwerde vom 18.02.2018 n. Chr. ständig das Telefonat unterbrach oder das Telefonat wegdrückte, weil Ich die berechnete Frage stellte, warum eine einstweilige Bundesverfassungsbeschwerde bei Grundrechtverletzungen in beschleunigten Haftsachen ins Allgemeinregister eingetragen wird.

Dadurch erhob sich die Person (w) in der Registerstelle zu Gott und richtet über Mich, unterbrach das Telefonat, ohne die Frage zu beantworten und war Stunden lang nicht zu erreichen, weil Meine Telefonnummer im öffentlichen Recht sichtbar ist. Ich muß Mich als Rechteinhaber vor Meinen Bediensteten nicht verstecken.

Es dauerte Stunden, bis Ich unter verschiedenen Telefonnummern die „Ablage“ herausbekam. Der Vorgang wurde in AR 1378/18 verfahren, also am Ziel eines fairen Fortfahrens voll vorbei gefahren.

Es ist offensichtliche und offenkundige Tatsache, daß in diesem Privatsystem der fiktionalen Bundesrepublik Deutschland inzwischen nichts mehr funktioniert, da sich die Ideologie der Privatpersonen von den Pseudo-Wissenschaften von Recht- und Geisteswissenschaften nicht anders hätten entwickeln können.

Dieses menschenunwürdige Verhalten gegen Mich, -als Recht schaffener Mensch und Professor an der öffentlichen Akademie Menschenrecht, als international anerkannter Menschenrechtstopfer im zwingend humanitärem Völkerrecht von der juristischen Bundesrepublik Deutschland sowie als Menschenrechtverteidiger-, verstößt gegen Art. 19 (3) Grundrecht, die Wahrung Meines völkerrechtlichen Rechttitel ECHR 75529/01 sowie UN-Res A/HRC/RES/31/32, UN-Res 53/144, Art. 6-13 VStGB.

Die fiktionalen Funktionsrichter des Bundesverfassungsgerichts sind in Art. 1 Grundrecht von Amts wegen zum Beistand im effektiven Rechtsschutz verpflichtet die Menschenwürde zu achten und zu schützen. Wenn Rüdiger HOFFMANN in Haft tier(t) ist, zum Tier degradiert wurde, -dann nur-, weil die juristische Bundesrepublik Deutschland den Zustand selbst verschuldet hat. Er kritisiert das fiktionale System Bundesrepublik Deutschland als Künstler, und Kunst ist frei. Uniformierte sind uniformiert und halten sich selbst unwissend. Nicht-Wissen-Wollen kann im Gefahrenbereich der Beweislast nicht wirksam organisiert werden!

Er ist kein Regimegegner, sondern Regimekritiker und wurde gegen die öffentliche Verfassungsordnung nun zum Regimeopfer.

Ich werde als Rechtbeistand des juristischen staatenlos.info Comedian e.V. am 27.02.2018, unabhängig ob Rüdiger HOFFMANN inhaftiert ist oder nicht, den Vorgang an den europäischen Gerichtshof für Menschenrecht in einem ad-hoc Vorgang abgeben müssen. Gleichzeitig wird ein ICSID Vorgang eingeleitet, wenn der juristische Privatunfug gegen die öffentliche Verfassungsordnung in der Rechtspaltung gegen die Rechtsanbindung nicht aufhört.

Zu den Tatsachen sei festzustellen, daß eine juristische Person, -wie der fiktionale Staat-, sich nicht auf ein Grundrecht oder das Strafrecht verlassen kann, wenn es nicht originär handelt oder von den sie erschaffenen originären Völkerrechtstitelträgern getragen wird.

Ein juristischer Staat, der kein Rechtsstaat ist, kann sich auf ein Recht nicht berufen. Tatsache und keine Fiktion ist, daß die juristische Bundesrepublik Deutschland nicht als Rechtschuldstaat in der Rechtrealität auftritt, sondern als demokratisch sozialer Bundesstaat. Die Behauptung als Meinung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, gilt nicht für das zerrissene Hakenkreuz, denn Eigentum ist im Kontrollratsgesetz nicht erlaubt.

Das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ist nach dem deutschen Strafrecht ein Vergehen, das in § 86a StGB geregelt ist. Bei diesem Staatsschutzdelikt handelt es sich um ein abstraktes Gefährdungsdelikt, das heißt, der Tatbestand des Deliktes ist schon dann erfüllt, wenn das geschützte Rechtsgut gefährdet ist; eine Verletzung des Rechtsgutes ist nicht erforderlich. Geschütztes Rechtsgut ist der demokratische Rechtschuldstaat.

Die Problematik wurde bereits beim Bundesverfassungsgericht geklärt, das ein umfassendes Grundrecht auf Demokratie (Franz MAYER für die juristische Bundesrepublik Deutschland) nicht existiert ( BVerfGE 2 BvR 987, 1485 und 1099 /10), und begrifflich demokratischer Rechtsstaat ein Widerspruch in sich selbst, als ein rechtswidriges in sich Geschäft ist.

Mit dieser politischen Strafverfolgung soll gegen Art. 5 Grundrecht die Aufklärung verhindert werden. Es soll der Eindruck verhindert werden, dass es eine rechtsstaatswidrige Entwicklung gebe, in der verfassungsfeindliche Bestrebungen in der durch die Kennzeichen symbolisierten Richtung geduldet werden würden. Gerade die Inhaftierung Rüdiger HOFFMANN zeigt, daß sich der fiktionale Staat an das Grundrecht nicht hält und die fiktionale Justiz selbst die Bande der Verfassungshochverräter ist, denn Kritik entsteht in der Realität durch die Fiktion.

Die Verbotsbehörden als Leistungs- und Eingriffsverwaltungen sind selbst die Verursacher der schweren völkerrechtswidrigen Zustände in dem Land, denn die juristische Bundesrepublik Deutschland ist nicht ent-, sondern renazifiziert und somit denazifiziert worden. DE von Deutschland, wie in BVerfGE 2 BvF 1/73 festgestellt wurde, daß die juristische Bundesrepublik Deutschland nicht Rechtschuldnachfolger, sondern identisch mit von NS-Deutschland im Stand vom 31.12.1937 n. Chr. in Art. 116 GG ist.

Strafbar ist sowohl das Verbreiten verbotener Kennzeichen als auch das öffentliche Verwenden sowie das Verwenden in einer Versammlung. Ebenso strafbar sind entsprechende Vorbereitungshandlungen, namentlich das Herstellen, das Vorrätighalten sowie das Ein- und Ausführen zum Zwecke der Verbreitung oder Verwendung in der genannten Art und Weise. Ausgenommen sind Handlungen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlicher Zwecke (§ 86a Abs. 3 i. V. m. § 86 Abs. 3 StGB).

§ 86 Abs. 3 StGB, der das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe stellt, verbietet keine Verwendungen, die der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst, der Forschung oder Lehre dienen.

Der Träger, staatenlos.info - Comedian e.V. ist eindeutig antifaschistisch hervorgetreten, das Symbol läßt selbst für Touristen seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erkennen und der Träger wäre auch sonst durch einen Verbotsirrtum entlastet gewesen (Landgericht Tübingen zu StA Tübingen 15 Js 11522/2005).

Die Symbole „Nazis raus!“ oder durchgestrichene oder von einer Faust zerschlagene Hakenkreuze sind nicht rechtwidrig (BGH 25, 133, 1973, Landgericht Stuttgart 18 KLa 4 Js 63331/05). Das bewusste Eintreten gegen Rechtsextremismus ist zu fördern, nicht zu kriminalisieren (BT-Drucksache 16/2924), so der Gesetzgeber. Die fiktionale Justiz ist an den fiktionalen Gesetzgeber in Art. 20 GG gebunden.

Das Verwenden von Abbildungen, die objektiv den Nationalsozialismus nicht befürworten, ist nicht strafbar, weil eine Hakenkreuzdarstellung, deren Inhalt in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt, dem Schutzzweck der Vorschrift ersichtlich nicht widerspricht und daher von § 86a StGB nicht erfasst ist.

Vorwurf aus der Akte:

**Den Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:**

Am Platz der Republik in Berlin-Tiergarten, ca. 50m vor dem Eingang des Reichstagsgebäudes, stellten die Angeschuldigten erstmals spätestens Anfang 2015, und so auch am 10.02.2016, bei einer dort angemeldeten „Dauermahnwache“ des Vereins „staatenlos.info e.V.“ ein Plakat mit einer Größe von 5m x 2m auf. Dieses war an Stangen aufrecht befestigt, sodass es für die zahlreichen, den Platz passierenden Menschengruppen gut lesbar war, und eine hohe Öffentlichkeit erzielte. Auf der linken Seite stand ein Text in deutscher Sprache, auf der rechten Seite ein Text in kyrillischer Schrift. In der Mitte des Plakats befanden sich Bilder der deutschen und der russischen Fahnen, sowie eines durch vier Hände auseinandergerissenen Hakenkreuzes. Mittig am oberen Rand war ein Zettel mit der Aufschrift „www.staatenslos.info“ befestigt.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das visuelle Auseinanderreißen des Hakenkreuzes oder die Verneinung oder das Durchstreichen des Hakenkreuzes ist nicht strafbar, weil der Nationalsozialismus nicht verherrlicht, sondern verneint wird. Außerdem können sich die Verbände juristischer Personen des Staates Bundesrepublik Deutschland **auf eine Grundrechtverletzung nicht berufen (BVerfGE 1 BvR 1766/2016)**, da die obersten Verfassungsorganisationen demokratisch und nicht Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt sind. Deswegen ist die Bundesverfassungsbeschwerde in der zwingenden Umsetzung Grundrecht verpflichtet, denn Art. 1 Grundrecht verpflichtet das Bundesverfassungsgericht.

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**  
**Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

staatenlos.info - Comedian e. V. ist in Art. 19 (3) Grundrecht ist umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, da sie öffentliche Aufgaben der Kunst als eigene Weltanschauung in § 112 BPersVG wahrnehmen. Die Form der Gesellschaft ist frei, denn das Grundrecht geht dem Gesetz in der Rechtsanbindung vertraglich voraus. Aus diesem Grund liegt ein außervertragliches Schuldverhältnis vor, weil der Vertrauensschutz verletzt wurde, denn staatenlos.info Comedian hat auf die Einhaltung des Art. 3-4 Grundrecht vertraut. Wegen Verletzung des Grundrecht in Art. 6 EGBGB der öffentlichen Ordnung sind die Rechtschuldnormen des juristischen Staates Bundesrepublik Deutschland nicht anzuwenden, der Haftbefehl recht- und sittenwidrig und nichtig.

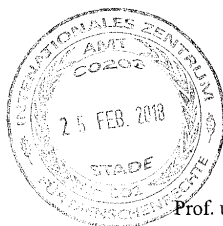
Es wird kategorische Bundesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Art. 1-19 Grundrecht im Wege der einstweiligen Anordnung gegen den Verband der juristischen Personen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Geschäftsführerin Angela MERKEL des Wirtschaftsvereins und ihre Genossen für die Bundesrepublik Deutschland in der Gesamtschuldhaftung erhoben.

Es wird die Freilassung von Rüdiger HOFFMANN aus der Untersuchungshaft einstweilig (ad hoc) wegen Verletzung des Vertrauensschutzabkommens im Grundrecht (ICSID) angeordnet.

Niemand ist verpflichtet gegen die Rechtsordnung laufende Zuwiderhandlungen gegen öffentliche die Verfassungsschutzordnung in Art. 6 EGBGB zu dulden.

**Art. 6 EGBGB**

**Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist nicht anzuwenden,**  
**wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt,**  
**das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist.**  
**Sie ist insbesondere nicht anzuwenden,**  
**wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.**



*Mustafa-Selim SÜRMELI*



Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI - § 12 BGB, Art. 6 EGBGB  
Rechttitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015



### Feststellung in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 der Verfassungsschuldordnung

Juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schulfähig in der Obligation.**

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn nach der

**Konfusions - und Durchscheinargumentation**  
können sie nach *acta iure imperii* ohne *ius gentium*  
nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein  
oder mehr Recht übertragen als sie selbst besitzen.

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 25. Feb. 2018 13:40 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 25. Feb. 2018 13:37

| Dat.<br>Nr. Modus   | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|---------------------|-------------|-------|--------|-------------------|
| 4052 Speichersenden | 07219101382 | S. 6  | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten  
 E. 2) Besetzt  
 E. 4) Keine Faxverbindung



Mustafa-Seitun SÜRMELI  
Prof. ultra vires in ordine publico des Jus gentium an der Akademie Menschenrecht  
 Bleifeldweg 26 - (DE- 71682) STADE

Bundesverfassungsgericht  
 Schlossbezirk 3

(DE-76131) KARLSRUHE

25.02.2018 n. Chr. - Eildienst

## HAFT-Vorgang - EILT

Rechtsdurchsetzung  
 RD - 20091122-JZMR-001-1-1 > (DE-76131)- BVerfGE AR 1378/18

Verein statutenlos.info - Comedian e.V.  
 Sitz: Diesterwegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

wegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLs) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen

gegen

Angela MERKEL des juristischen Bundesrates  
 Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages  
 Michael MÜLLER des Bundesrates  
 Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidenten  
 Andreas VOßKUHL des Bundesverfassungsgerichts

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

Dorotheenstraße 84 Js (DE-10117) BERLIN  
 Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555

\* \* \* Kommunikationsergebnisbericht ( 25. Feb. 2018 13:44 ) \* \* \*

Fax-Header) Int. Zentrum Mensch

Datum/Zeit: 25. Feb. 2018 13:41

| Dat. | Nr. Modus      | Ziel        | Seite | Ergeb. | Seite<br>Keine TX |
|------|----------------|-------------|-------|--------|-------------------|
| 4053 | Speichersenden | 07219101600 | S. 7  | OK     |                   |

Fehlerursache  
 E. 1) Leitungsunterbrechung  
 E. 3) Keine Antwort  
 E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten  
 E. 2) Besetzt  
 E. 4) Keine Faxverbindung



Mustafa-Selim SÜRMELI  
Prof. ultra vires in ordine publico des Institutum an der Akademie Menschenrecht  
 Belfeldweg 24 - (DE- 21682) STADE

Bundesverfassungsgericht  
 Schlossbezirk 3

[DE-76131] KARLSRUHE

25.02.2018 n. Chr. - Eildienst

## HAFT-Vorgang - EILT

Rechtsdurchsetzung  
 RD - 20091122-FZMR-001-I-1 > [DE-76131]- BVerfGE AR 1378/18

Verein sinatenox.info - Comedian e.V.,  
 Sitz: Dienerswegstraße 9b - (DE-10405) BERLIN

wegen

- Staatsanwaltschaft Berlin 231 Js 746/16
- Amtsgericht Tiergarten (350 BL) 231 Js 746/16 (22/16)
- Landgericht Berlin (502 KLA) 231 Js 746/16 (6/17)

als Verantwortliche gemäß § 13-15 VStGB für die Verbandsorganisationen

gegen

Angela MERKEL des juristischen Bundesrates  
 Wolfgang SCHÄUBLE des juristischen Bundestages  
 Michael MÜLLER des Bundesrates  
 Frank-Walter STEINMEIER des Bundespräsidenten  
 Andreas VONKUHLE des Bundesverfassungsgerichts

der juristischen Bundesrepublik Deutschland (Bundeskanzleramt und Bundesregierung)

Dorotheenstraße 84 in (DE-10117) BERLIN  
 Telefon: 030 18 272-0 Fax: 030 18 272-2555



# **ACHTUNG:**

**Nach stundenlangen Anfragen bei der Posteingangsstelle wurde mitgeteilt, daß die Bundesverfassungsbeschwerde in AR 1378/18 von staatenlos.info Comedian e.V. vorgenommen worden ist.**

**Als Beschwerdeführer wurde nicht staatenlos.info Comedian e.V., sondern die Beschwerde unter Meinem Namen Mustafa-Selim SÜRMELI eingetragen, um einen nichtigen Verwaltungsakt auszulösen. Offensichtlich haben sie den Inhalt nicht gelesen.**

**Um nicht über die Bundesverfassungsbeschwerde zu entscheiden, haben sie Rüdiger HOFFMANN aus der Haft entlassen. Die Bundesverfassungsbeschwerde ist damit nicht vom Tisch.**